Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1897

287 (8.12.1897) I. Blatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.
Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 287 I. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch, den 8. Dezember 1897

Die Flottenvorlage im Reichstag.

* Die Beratung des Flottengesetzes hat gestern im Reichstag unter günstigen Vorzeichen begonnen. Die stürmische Zustimmung, die die Rede des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen, v. Bülow, fand, der „wiederholte Beifall", die Glückwünsche, die ihm am Schlusse seiner Rede zu teil wurden, lassen mit Sicherheit voraussehen, daß das Auswärtige Amt in Herrn v. Bülow einen ganz hervorragenden Leiter gefunden und daß dieser junge Staatsmann sein Rednertalent mit Energie und Geschick für die Flottenvorlage der Regierung einsetzen wird. Neben Herrn v. Bülow trat gleichfalls zum erstenmale vor den Reichstag der neu ernannte Staatssekretär des Reichsmarineamts, Kontre-Admiral Tirpitz, dessen Name seit dem teilweisen Scheitern der letzten Marineforderungen immer häufiger genannt worden ist und auf dessen Schultern vor allen Dingen die Pflicht gelegt ist, durch kluges, diplomatisches Vertreten der Anschauungen der Regierung und durch gewandte Verteidigung der Flottenvorlage das Gesetz durch die Wogen des Reichstages glücklich in den sicheren Hafen zu retten. Daß ihm von vielen Seiten des Hauses Mißtrauen entgegengebracht wird, ist nicht zu verwundern, da sich an seinen Namen eine Zeit lang die fabelhaftesten Gerüchte über seine Ideen gewaltiger Flottenvermehrungen hefteten. Diese Gerüchte sind längst widerlegt. Aber die Opposition befleißigt sich, das Mißtrauen nach wie vor zu nähren. Und wenn er nun auch mit klarer eindringlicher Rede den durchaus gemäßigten Standpunkt der Regierung dargelegt hat, so wird er doch noch scharf die Klinge zu führen haben, um den Gegnern der Regierungsvorlage die Waffen aus der Hand zu schlagen.

Der Reichskanzler, der als erster Redner das Wort ergriffen hatte, wies in seiner gewohnten abgemessenen Weise auf die Dringlichkeit der Vermehrung unserer Flotte hin. „Wir benötigen einer starken Flotte absolut — zur Aufrechterhaltung unserer durch das Heer geschaffenen Stellung." In diesem Satze liegt der Kernpunkt der ganzen politischen Klugheit, auf grund deren dem deutschen Volke in eindringlichster Weise die Einsicht aufdämmern muß und wird, wo das Heil seiner Zukunft liegt. Das Heer hat die Grundlage unserer gegenwärtigen Macht geschaffen. Auf dieser Grundlage hat sich das Reich so mächtig entwickelt und seine tausend Arme so weit in die Welt hinausgestreckt, daß das Landheer nicht imstande ist, überall, wo das Reich in Gefahr gerät, für die bedrohten Interessen das Schwert zu ziehen. Da muß sich die Flotte dem Gegner entgegenstellen, und während das Heer daheim die Landesgrenzen bewacht, soll die Flotte über diese Grenzen hinaus des Reiches Macht und Ehre verteidigen.

Was die beiden Staatssekretäre sachlich in ihren Reden anführten, ergänzte in vortrefflicher Weise die Ausführungen des Reichskanzlers. Staatssekretär Tirpitz, der sich „auf die geschlossenen und gereiften Anschauungen des gesamten Seeoffizierkorps" stützt, erbrachte in großen Zügen den Beweis, daß die gegenwärtige Flottenvorlage derartig aufgebaut sei, daß auf ihrem Grunde eine den Bedürfnissen des Reiches entsprechende Flotte geschaffen werde. Und in der kraftigen Zuversicht auf das Zustandekommen der geplanten Verstärkung sagte er: „Im Jahre 1904 wird die deutsche Flotte aufgehört haben, eine quantité négligeable zu sein."

Staatssekretär v. Bülow seinerseits, auf eine sozialdemokratische Anzapfung erwidernd, führte in schlagender Schärfe die Aufgabe vor, die die unmittelbare Gegenwart unserer kleinen, unzureichenden Marine aufgezwungen hat. Da hörte man wieder mit Genugthuung den kräftigen Ton stolzen Bewußtseins vom Regierungstische im Reichstage in die Welt hinausschallen. „Wir haben die Macht, unsern berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. In Ostasien und Westindien werden wir ohne unnötige Schärfe, aber auch ohne Schwäche unsere Interessen und Rechte vertreten!"

Somit ist der erste Tag der seit langem mit wachsender Spannung erwarteten Lesung der Flottenvorlage in kräftiger, geschickter Weise von der Reichsregierung eingeleitet worden. Die Reichsregierung ist so, wie sie sein soll und wie das deutsche Volk sie wünscht: geschlossen und entschlossen vor den Reichstag getreten — was sich äußerlich dokumentierte durch die Anwesenheit der sämtlichen Staatssekretäre und Staatsminister. An dem Reichstag ist es nunmehr, zu beweisen, ob er der großen, außerordentlich bedeutungsvollen Aufgabe der gegenwärtigen Session gewachsen ist. Jetzt, da der große Moment, der über das Schicksal unseres Volkes zu entscheiden hat, an den Reichstag herantritt, finde er nicht ein kleines Geschlecht, raffe sich aus der Parteizerrissenheit und der Parteipolitik die nationale Idee kräftig empor. Wir haben es dringend nötig, kräftig gerüstet der Zukunft entgegenzuschreiten.

Aus dem Hause sprach zuerst Schönlank (Soz.) ablehnend, dann, nachdem auch der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts, v. Thielmann, und Graf Posadowsky als Staatssekretär des Innern gesprochen hatten, der konservative Graf Limburg-Stirum für die Vorlage; Abg. Barth im Namen der Freis. Vereinigung verhielt sich weder zusagend noch ablehnend, während der Pole v. Jazdzewski die Verweigerung der Zustimmung der Polen ankündigte.

Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte*).

Es war ein guter Gedanke der Verlagshandlung E. S. Mittler u. Sohn, gerade jetzt den zweiten Band von Mahans, des amerikanischen Kapitäns, bedeutsamem Geschichtswerk in deutscher Uebersetzung neu und den ersten Band in zweiter Auflage erscheinen zu lassen. Es stände besser um unsere politische Reife, wenn die Lehrer der Geschichte an unseren Schulen, statt die heranwachsende Jugend mit Zahlen und Daten über irgend welche fast prähistorischen Königreiche zu quälen, ihrerseits lernen und lehren wollten, die Geschichte aus dem Gesichtspunkte Mahans zu begreifen und darzuthun, daß ihre Entwickelung nicht von ihren äußerlichen Erscheinungen, sondern davon abhängt, daß die Völker es unternehmen, ihre großen Aufgaben mit großen Mitteln zu verfolgen, darüber kleinlichen Hader zu vergessen, und vor allem der großen Weltenverbinderin, der brandenden See, in Sturm und Not zu trotzen, um die gewaltigen Chancen auszunützen, welche die Herrschaft über diese Völkerstraße dem verleiht, der sie sich zu erringen und zu erhalten wußte.

Während der erste Band damit begann, zu zeigen, daß Hannibal zu grunde gehen mußte, weil er seine Verbindungen über See aus der Hand gegeben, und während der Verfasser hier die Wahrheit seines Satzes, daß nur die Erhaltung der Seegewalt dauernden Erfolg verheißt, an den mittelalterlichen Kämpfen der Niederlande, Frankreichs, Spaniens und Großbritanniens von Fall zu Fall beweist, fährt er im zweiten Bande in seiner Beweisführung damit fort, daß auch das Genie eines Napoleon unterliegen mußte, als ihm die Seegewalt aus der Hand gerungen, und als er sich darauf beschränkte, die Hilfsquellen seines Landes in wenn auch noch so ruhmreichen Kriegen zu erschöpfen, während namentlich in England eine so großartige kommerzielle und finanzielle Reform sich vollzog, daß Napoleons Schicksal besiegelt war, als diese bei Waterloo ihr Schwergewicht mit in die Wagschale legte.

Es ist für das Volk der Denker eigentlich beschämend, daß ihm diese historische Wahrheit von einem Seeoffizier der Vereinigten Staaten kommen mußte, wenngleich dies erklärlich ist, wenn man bedenkt, wie hier früher der Blick durch die engen Grenzen der Heimatländer, die Beschränktheit unseres philologischen Wissens und die Not und Bedrängnis der festländischen Kriege getrübt werden mußte, während die freien Bürger Amerikas aus der durch den Ozean geschaffenen Entfernung die europäischen Wirren mit philosophischem Blick als unbeteiligte Zuschauer betrachten konnten.

Dringlich zu wünschen aber bleibt, daß der Wunsch der Herausgeber erfüllt werde, und daß das Studium des Mahanschen Werkes sich nicht nur auf die Offiziere der Marine und des Landheeres beschränke, sondern darüber hinaus auch für die Erzieher unserer Jugend seine Früchte trage. Vielleicht daß dann Deutschland doch in fernerer Zeit nicht mehr das klägliche Schauspiel seiner jetzigen politischen Parteibildungen zeigt, und daß es nicht nur im furor teutonicus die ihm innewohnende Urkraft bethätigt, daß es die Parteiphilister zum Teufel jagt, die jetzt „zum Kampf wider den Absolutismus" aufrufen, und daß es gleich den uns stammverwandten Briten lernt, vor großen Zielen kleinliche Gegensätze hintanzuhalten.

P. K.

*) A. T. Mahan, Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte. 1783—1812. Die Zeit der französischen Revolution und des Kaiserreichs. Auf Veranlassung des Kaiserlichen Ober-Kommandos der Marine übersetzt von Batsch, Vize-Admiral à la suite des Seeoffizierkorps der Kaiserlichen Marine. Erste Lieferung. 80 Pf. E. S. Mittler u. Sohn, Königliche Hofbuchhandlung, Berlin SW. 12, Kochstraße 68—71.

Vom Tage.

* Karlsruhe, 7. Dezbr.

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Das Centrum wird, wie schon mitgeteilt, den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes abermals vor den Reichstag bringen. Der Antrag ist von sämtlichen Mitgliedern des Centrums unterzeichnet worden. Der Centrumsantrag ist diesmal umfassender, als die früheren ähnlichen Anträge, das Jesuitengesetz soll radikal beiseite geschafft werden. Sollte der deutsche Reichstag wieder das klägliche Schauspiel liefern, sich bei diesem Antrag in seiner Mehrheit zum Knecht des Centrums zu machen, so wird ihm auch diesmal die scharfe Mißbilligung durch die Mehrheit des deutschen Volkes gewiß sein. Es ist eine Selbsterniedrigung des Reichstags, gerade in dieser für die innere Ruhe Deutschlands so unendlich wichtigen Angelegenheit ein leichtfertiges Spiel zu treiben mit der cynischen Selbstberuhigung: der Bundesrat werde ja deutsch genug fühlen, den Reichstagsbeschluß auf Aufhebung des Jesuitengesetzes ins Feuer zu werfen. Wenn das Centrum aber glaubt, diesmal etwas durchsetzen zu können, da den Bundesregierungen die Annahme des Flottengesetzes so sehr am Herzen liegt und diese Annahme nicht gegen den Willen des Centrums zu erreichen sei, — wenn das Centrum denkt, hier mit den Bundesregierungen einen zähen Handel zu beginnen, so kann es gewiß sein, daß es nichts erreicht. Denn so schwer unsere Wehrfähigkeit zur See getroffen würde, wenn das Flottengesetz scheitert, — unendlich schwerere Gefahren zögen für das deutsche Volk herauf, sähe es eines Tages wieder die Jünger des Ignaz von Loyola und mit ihnen den Geist der Finsternis, der Intrigue und Verfolgung durch die Thore des Reiches einziehen.

Pessimistische Stimmung in Oesterreich.

Von den trüben Aussichten und den bisherigen vergeblichen Lösungsversuchen der von Badeni hinterlassenen völligen Verwirrung im Innern Oesterreichs giebt ein Leitaufsatz der „N. Fr. Pr." ein deutliches Bild. Der Pessimismus, der gegenwärtig alle Kreise der österreichischen Bevölkerung beherrscht und mit dem man die vergeblichen Kurversuche des neuen Ministeriums Gautsch beobachtet, findet in dem Artikel folgenden Ausdruck:

Die Hoffnungen, die sich an die Besprechungen des Freiherrn von Gautsch mit den beiden feindlichen Parteien des Abgeordnetenhauses knüpfen, sind auf einen Tiefpunkt gesunken, der von Hoffnungslosigkeit nicht mehr weit entfernt ist. Das einzige, was sie noch aufrecht erhält, ist die Thatsache, daß die Besprechungen noch nicht abgebrochen worden sind, vielmehr noch fortgesetzt werden sollen. Die auf beiden Seiten vorwaltende Ansicht, daß eine Verständigung nicht zu erreichen sein werde, erzeugt überdies den Wunsch, mit der Verantwortlichkeit für das Mißlingen die Gegenpartei zu belasten, und das hat zur Folge, daß auch ein klares Bild der Sachlage und namentlich der entscheidenden Differenzpunkte nicht zu gewinnen ist. Die Majorität sucht zu verbreiten, daß das trennende Hindernis nicht in den Sprachenverordnungen, sondern in denjenigen Forderungen der Minorität gelegen sei, die sich auf die Aenderung des Präsidiums und die Abolition des Beschlusses über den Falkenhaynschen Antrag beziehen, und auch hier würde die Differenz diesen Darstellungen zufolge nicht so sehr in der Anforderung als in der Form ihrer Erfüllung gelegen sein. So wird behauptet, daß die Majorität zwar geneigt wäre, den Rücktritt des Präsidenten Herrn v. Abrahamowitsch zuzugestehen, daß aber die Minorität sich damit nicht begnüge und auch die Resignation des Vize-Präsidenten Dr. Kramarz verlange. Die Opposition verlange ferner nicht bloß die Rücknahme des Beschlusses über die Aenderungen der Geschäftsordnung, sondern überdies, daß der Beschluß ausdrücklich auch als eine Rechtsverletzung anerkannt werde. Diese Darstellungen werden mit um so größerer Vorsicht aufzunehmen sein, als die deutsche Opposition weit mehr als mit diesen Fragen der Form und, wie es scheint, der Eigenliebe, damit beschäftigt ist, die Aufhebung der Sprachenverordnungen oder doch der drückendsten Bestimmungen derselben zu erreichen, die von Anfang an den Gegenstand ihres Kampfes gebildet haben. Daß sie auch hierin eine friedliche Lösung anstrebt, sofern dieselbe nur mit den berechtigten Anforderungen ihrer Wählerschaft vereinbar ist, geht daraus hervor, daß der einzige bisher bekannt gewordene positive Vorschlag, nämlich die Badenischen Verordnungen aufzuheben und sie provisorisch bis zur gesetzlichen Regelung der Sprachenfrage durch eine andere zu ersetzen, welche das deutsche Sprachgebiet von dem Zwange der Doppelsprachigkeit befreit, aus der Mitte der deutschen Opposition kommt. Von einem Gegenvorschlage der Majorität hat man noch nichts gehört. Es ist nicht einmal bekannt, welche Aufnahme die Proposition bei ihr gefunden hat, ebensowenig, wie sich die Regierung zu derselben verhält. Es ist überhaupt ein eigentümliches und sehr herabstimmendes Merkmal dieser Verhandlungen, daß man zwar den Ministerpräsidenten geschäftig von Konferenz zu Konferenz eilen sieht,

Zur Marinevorlage.

Nicht weil der Kaiser uns um Hilfe fleht,
Um einzulösen sein verpfändet Wort,
Nicht weil ein Prinz auf ferne Meerfahrt geht:
Gilt es zu wahren uns'rer Ehre Hort,
Nein: weil dies Deutschland sonst, nach kurzer Pracht,
Wehrlos und ehrlos vor den Völkern steht,
Nicht wert des Großen, das ihm ward vermacht,
Und nur noch „wert, daß es zu Grunde geht!"

R. H.

Zur bevorstehenden Aufführung von Heinrich Kruses Trauerspiel „Die Gräfin" am Karlsruher Hoftheater.

L. Heinrich Kruses historisches Drama „Die Gräfin", das am 9. Dezember d. J. am Karlsruher Hoftheater erstmals zur Aufführung gelangen wird, ist bereits seit einem Zeitraum von beinahe 30 Jahren im Buchhandel erschienen. Der erste, der es unternahm, das an hervorragenden dichterischen Schönheiten reiche, aber dramatisch und theatralisch mannigfach angefochtene Werk der Bühne zu erobern, war Heinrich Laube, der dem Kruseschen Stücke lebhafte Sympathien schenkte und dasselbe am Stadttheater zu Leipzig am 6. November 1869 erstmals auf die Bühne brachte.

Im Hinblick auf die bevorstehende Karlsruher Aufführung der „Gräfin" mag es gestattet sein, auf die interessanten Darlegungen zu verweisen, mit denen Laube in seinem Buche „Das norddeutsche Theater" jener ersten von ihm geleiteten Aufführung des Stückes gedenkt. Laube schreibt u. a. O. S. 195.

„Das Stück (eben „Die Gräfin") interessierte mich als litterarische Leistung in hohem Grade. Die Charaktere waren voll Kern und zum Teil voll Humor, sie waren mannigfaltig und waren streng durchgeführt. Der ganze Ton war selbständig, weit entfernt von jeder Schablone, und wohlversehen mit reifen, zuweilen weisen Sprüchen; der Hergang anziehend genug. Der Schauplatz zudem, Ostfriesland, neu und eigen; die Sprache im einzelnen schlicht, klar und von gesunder Kraft. Die theatralische Form nachlässig, zerstreut, ungenügend.

Dies Urteil schrieb ich an Dr. Kruse mit voller Betonung der Vorzüge, mit schwacher Betonung der theatralischen Schwäche. Er antwortete mir darauf, daß er selbst der Verfasser wäre, und daß er es wohl gern sehen würde, wenn „Die Gräfin" — so heißt der Titel — aufgeführt werden könnte.

Das wollte ich denn jetzt in Leipzig versuchen. Obwohl das Stück von vornherein in den Buchhandel gegeben, also jedermann zugänglich war, so hatte sich doch kein Theater daran versucht.

Die Hauptschwierigkeit bei unseren Buchdramen liegt immer in dem Mangel an Zusammendrängung des Interesses und der Handlung. Aristoteles hat umsonst bewiesen, daß dies unerläßlich sei für ein Drama. Man hat dies Bedürfnis der Einheit in Frankreich übertrieben — denn Aristoteles hat es in der französischen Enge nicht verlangt —, man hat es bei uns seit dem Einflusse Shakespeares verachten zu dürfen geglaubt. Zu großem Nachteile unseres Dramas, denn die Forderung des Aristoteles ist gründlich weise und richtig. Bei uns geht man mit epischem Grundgedanken an ein Drama; das „Nacheinander" hält man für hinreichend, das „Miteinander" ist aber erforderlich, das „Gegeneinander" belebt erst die dramatische Form.

Kruses „Gräfin" ist nicht frei von diesem epischen Gebrechen; aber sie hat doch schöne dramatische Scenen. Sie näher an einander zu bringen, war die Aufgabe der Einrichtung für die Scene, und der Dichter selbst war dazu behilflich.

Nachdem so der Text, freilich nur notdürftig, für die Scene zusammengeschoben war, ging ich ans Probieren, welches doppelt schwer ist bei einem oft noch episch springenden Stücke. Man muß bei den Sprüngen erhöhte Energie der Spielenden einsetzen, damit rasch Klarheit eintritt für das Publikum, und damit überraschender Nachdruck die unterbrochene Teilnahme des Publikums sogleich wieder wecke.

Ich hatte in Frau Straßmann-Damböck eine sehr geeignete Darstellerin der Gräfin selbst erworben. Schöne, mächtige Gestalt, feste, strenge Rede, herrische Geberde gaben alle Hilfsmittel für die eigenwillige Regentin und Mutter, welche in richtiger, aber rücksichtsloser Handlung all' ihre Kinder zu Grunde richtet. Ich hatte ferner für den sehr originellen Humor eines Grafen von Oldenburg in Herrn Mitterwurzer einen ganz passenden Schauspieler, den nichts so sehr interessiert, als die Aufgabe, eine noch nicht dagewesene Originalität zu veranschaulichen. Ich hatte endlich für die charaktervolle Liebhaberin, für die Tochter der Gräfin-Mutter, in Fräulein Delia eine sehr einsichtige Schauspielerin, welche die Heroheit und die Kraft einer so ungewöhnlichen Liebhaberin fest zeichnete und doch im entscheidenden Augenblicke die Liebhaberin enthüllte — mit diesen drei sicheren Figuren gingen wir ins Treffen und gewannen es. Das norddeutsche Publikum ließ sich nicht stören von den epischen Resten der Komposition, es gab sich dem Interesse hin für die scharf gebildeten Charaktere, für den kernigen Inhalt der Vorgänge, für die tragische Wahrheit des Ausganges — das Stück hielt Stand, und die gebildeten Leipziger achteten es nachhaltig. Ich konnte es wiederholen und hätte es alljährlich wieder gebracht, wenn meine Direktion nach Jahren gezählt hätte."

Im Anschluß an diese Ausführungen des alten Theaterpraktikers Laube mag auf eine Stelle aus der Beurteilung der „Gräfin" durch Karl Frenzel, den bekannten Litteraten und Altmeister der Berliner Theaterkritik, verwiesen sein. Frenzel schreibt im 1. Bande der „Berliner Dramaturgie", nachdem er zuerst der dramatischen Mängel des Stückes gedacht hat, im Hinblick auf die bedeutenden dichterischen Vorzüge des Werkes, unter anderem Folgendes:

„Mit großer Kraft und Anschaulichkeit sind Land und Leute geschildert; die Deiche und Moore Ostfrieslands liegen vor uns in der Mondscheinnacht, glitzernd von Eis und Reif; die Wogen der Nordsee rauscht heran, kühl und frisch weht der Wind von der See her, es klagen die wilden Schwäne, es knistert das Schilf. Auf dem eigentümlichen Boden eigene Menschen. Ungeberdig und hochmütig, eine Mischung von Bauer und Edelmann, stehen sie trotzig auf der Erde, die sie dem Ozean abgerungen haben. Nach wenigen Scenen sind wir mitten unter ihnen, leben, dichten und trachten mit ihnen. Welche Malerei in der Sturmnacht auf der Burg zu Esens, wo die wüsten Gesellen das Lied der Seeräuber beim Zechgelage

daß aber bis zur Stunde niemand zu sagen weiß, wie er sich die Verständigung vorstellt, und noch weniger, welche Vorschläge er zu machen hat oder zu vertreten bemüht ist. Darin zumal ist die Ursache des Pessimismus zu suchen, der sich aller Teilnehmer der Besprechungen bemächtigt hat, und der das einzige ist, worin so ziemlich Alle übereinstimmen.

Unterm 6. Dez. meldet die „N. Fr. Pr.“ sodann: Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien wurden gestern und heute fortgesetzt. Man ist nun der Sprachenfrage näher getreten. Freiherr v. Gautsch hat gestern auf Grund der Verhandlungen mit den Jungtschechen den Obmännern der deutschen Parteien einen Vorschlag übermittelt. Es scheint, daß die Jungtschechen einer Dreiteilung Böhmens in ein deutsches, tschechisches und gemischtes Sprachengebiet zustimmen wollen und daß darauf der Vorschlag Gautschs basiert. Die größte Schwierigkeit aber bildet die Doppelsprachigkeit der Beamten in ganz Böhmen, welche die Deutschen entschieden bekämpfen, während die Tschechen von derselben nicht lassen wollen.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Dez. Ein parlamentarischer Berichterstatter meldet: Bei dem gestrigen Empfang des Präsidiums des Reichstages wies der Kaiser auf die bedeutungsvollen Aufgaben der bevorstehenden Tagung des Reichstages hin und erinnerte daran, daß gerade gestern sein einziger Bruder von dem Großherzog von Baden und der Kaiserin Friedrich Abschied genommen habe, um demnächst in den ostasiatischen Meeren seine Kraft einzusetzen im Dienste seines Vaterlandes. Der Kaiser betonte den entschiedenen Willen, den Missionen kräftigen Schutz angedeihen zu lassen, äußerte sich eingehend über die Verhandlungen mit China und gedachte anerkennend des Bischofs Anzer. Er kam dann auf die Vorgänge in Haïti zu sprechen, streifte die verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Fragen, und wies sodann auf die Bedeutung des Flottengesetzes hin und sagte, er vertraue, daß die Beratung des Reichstages zu gutem Ende führen und daß der Reichstag von der Notwendigkeit der geforderten Vermehrung der Flotte sich überzeugen werde. Auf eine Zwischenbemerkung eines Mitgliedes des Präsidiums, daß in parlamentarischen Kreisen Bedenken obwalten, am Schlusse der Legislaturperiode dem neuen Reichstag zu präjudizieren und Schiffsbauten für einen längeren Zeitraum zu bewilligen, erwiderte der Kaiser, der kommende Reichstag werde den gegenwärtigen keinesfalls desavouieren, wenn dieser die Ueberzeugung gewonnen, daß die beantragte Flottenvermehrung in sieben Jahren ausgeführt werden muß. Der Kaiser wies auf die allgemeine Weltlage hin, die keinen Aufschub zulasse. Die Audienz währte über eine halbe Stunde. Unmittelbar hierauf wurden die Herren von der Kaiserin empfangen.

* Den Berliner Abendblättern zufolge geht die 2. Division des Kreuzergeschwaders am 15. d. M. von Kiel nach Ostasien ab.

* **Nürnberg**, 6. Dez. Amtliches Wahlresultat: Bei der am 2. ds. stattgehabten Reichstagsersatzwahl für den Wahlkreis Nürnberg I wurden insgesamt abgegeben 34 284 Stimmen, davon erhielt Oertel (Soz.) 20 175 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt. Der deutsch-freisinnige Kandidat Barbeck erhielt 11 550 Stimmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Budapest**, 6. Dez. (Abgeordnetenhaus.) Ministerpräsident Baron Banffy legte einen Gesetzentwurf über die provisorische Regelung des Zoll- und Bankenwesens, sowie einige mit demselben zusammenhängenden Fragen vor. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß das wirtschaftliche Verhältnis bis zum 31. Dezember 1898 unverändert aufrecht erhalten bleibt. Dieses Gesetz verliert die Geltung, falls vor dem 31. Dez. 1898 der Ausgleich verfassungsmäßig zu stande kommt. Die Regierung wird angewiesen, falls bis zum 1. Mai 1898 der Ausgleich nicht zu stande kommt, dem Reichstage eine Vorlage über die endgiltige Regelung der jetzt nur provisorisch geregelten Fragen zu machen, und zwar so, daß die endgiltige Regelung vor Schluß des Jahres 1898 in Geltung treten kann. — Der Staatskassenausweis für das 3. Quartal weist an Einnahmen auf 136 040 303 fl. (gegen das Vorjahr mehr 5 300 735 fl.); die Ausgaben betrugen 132 948 313 fl. (gegen das Vorjahr weniger 5 162 914 fl.) Die Bilanz für das 3. Quartal stellt sich somit um 10 463 650 fl. gegen das Vorjahr günstiger.

* **Wien**, 6. Dez. Anläßlich des Ablebens des Admirals Freiherrn v. Sterneck traf noch gestern ein sehr warm gehaltenes Beileidstelegramm von Kaiser Wilhelm an Kaiser Franz Joseph hier ein, welches dieser in gleicher Weise beantwortete.

Rußland.

* **Petersburg**, 6. Dez. Zu dem definitiven Abschluß des türkisch-griechischen Friedens bemerken die „Nowosti“: „Jetzt, wo die Diplomaten freie Hand gewonnen haben, können sie an die Lösung der Frage bezüglich Kretas denken, wegen welcher der unselige Krieg entstanden ist.“ Der Artikel schließt mit der Ueberzeugung, der Eigensinn, mit dem die Türkei bemüht ist, die Großmächte an der Erfüllung ihrer bezüglichen Ansprüche zu verhindern, werde gebrochen werden. Es könne nicht gebilligt werden, daß die Türkei ungestraft ihre pfiffige Politik fortsetze und den europäischen Frieden Gefahren aussetzt, und daß die Großmächte zu weiteren Opfern für den Unterhalt der Geschwader in den kretischen Gewässern gezwungen werden.

Baden und Nachbarländer.

⊙ **Mannheim**, 6. Dez. Im Beisein des Oberbürgermeisters Beck, des Stadtrats, des Lehrerkollegiums u. s. w. fand heute die Einweihung der neuen Doppelturnhalle K. 6 statt. Oberbürgermeister Beck übergab den stattlichen Bau, der 54 000 M. kostet, 20 Meter lang und 50 Meter breit und im gothischen Stile gehalten ist, der Schulverwaltung, in deren Namen sie Herr Stadtschulrat Dr. Sickinger mit herzlichen Dankesworten entgegennahm. Eine Knabenklasse führte turnerische Reigen auf. Aus Mangel an geeigneten Räumen war der Turnunterricht in den Schulhäusern K. 2 und K. 5 seit 4 Monaten eingestellt worden, und kann derselbe nunmehr in dem luftigen Bau wieder in vollem Maße aufgenommen werden.

§ **Bretten**, 6. Dez. Ein zahlreiches Trauergefolge erwies heute nachmittag dem im benachbarten Rinklingen verstorbenen Pfarrer Issel die letzte Ehre. Seit dem Jahre 1853 war er als Seelsorger in dieser Gemeinde und der Filiale Ruith thätig; noch vor 3 Wochen feierte er, wie schon anläßlich seines Able[…] erwähnt wurde, allerdings bereits bedenklich erkrankt, sein[…] Amtsjubiläum, nachdem er bereits voriges Jahr du[…]orden war. des Zähringer Löwenordens 1. Klasse ausgez[…] die Gemeinde, Groß wie für seine Familie ist der Ver[…]er fast ein ganzes deren wärmster Freund und treuester [...]ildlich als Geistlicher Menschenalter hindurch gewesen ist, [...]nungen, als Familien- mit den lautersten und edelsten [...]schen Art, bei dem auch die ent- haupt von einer echt pat[…] Stunden und Tage der Muße und ferntesten Verwandten als biederer deutscher Mann von Erholung zubracht[…]erzeugung und Erfahrung erlangten politischen jener aus der [...] seinen geistvollen Worten überall Nachdruck verlieh Festigkeit [...] trotz dem hohen Lebensalter zum gern gehörten Ratgeber und [...] politischen Freunde machte, die ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Pforzheim, 6. Dez. Wie aus dem letzten Stadtratsbericht zu ersehen ist, hat die städtische Verwaltung beschlossen, an den drei obern Klassen der hiesigen Oberrealschule den Lateinunterricht als fakultativen Unterrichtsgegenstand einzuführen. Schüler, welche sich an dem Unterricht beteiligen, haben jährlich eine Vergütung von 10 Mk. zu entrichten. Die schätzenswerte Einrichtung wurde getroffen, um den Schülern der Oberrealschule, solange die Berechtigungsfrage noch in der Schwebe ist, durch ein Zusatzexamen in Latein die Berechtigungen des Realgymnasiums zu sichern. Hoffentlich gelingt es unsern Landständen, die Frage der Berechtigungen, welche schon wiederholt Gegenstand der Beratung in der Kammer war, den Wünschen der Bevölkerung und der Forderung der Zeit entsprechend im Verein mit der Großh. Regierung, analog den in andern Staaten den Oberrealschulen eingeräumten Berechtigungen, zu regeln.

* **Baden**, 6. Dez. Am gestrigen Tage ist in Meran Herr Geh. Hofrat Dr. Franz Heiligenthal, der vormalige Großh. Badearzt, plötzlich aus dem Leben geschieden. Der jetzt Verstorbene war im Jahre 1835 in hiesiger Stadt geboren, wurde 1860 prakt. Arzt, 1876 provisorischer Badearzt dahier und 1880 definitiver Inhaber dieser Stellung mit Staatsdienereigenschaft. Im Jahre 1881 erfolgte seine Ernennung zum Hofrat, der später diejenige zum Geh. Hofrat erfolgte. Zahlreiche hohe Ordensauszeichnungen sind dem Verewigten im Laufe seiner amtlichen Thätigkeit, die nach seinem Rücktritte auf Herrn Hofrat Dr. Obkircher überging, zu teil geworden. — Die reizend gelegene Villa „Roberto“, Kronprinzenstraße 10, ging durch Kauf von Frau Schröder an Herrn Dr. med. A. Roerig aus Frankfurt a. M. um den Preis von 200 000 Mk. über. („Bad. Tgbl.“)

e. **Linx**, 6. Dez. Nächsten Mittwoch feiert unser langjähriger Geistlicher, Herr Pfarrer Ernst, sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. An dieser Feier werden sich die sämtlichen Geistlichen der Diözese Rheinbischofsheim und die ganze Gemeinde Linx beteiligen. Auch Herr Prälat a. D. D. Doll hat sein Erscheinen zum Feste zugesagt. Die Feier beginnt vormittags 11 Uhr mit einem Festgottesdienst.

* **Konstanz**, 6. Dez. Der „Konst. Ztg.“ wird geschrieben: Die Regierungsvorlage über eine Bahn Ueberlingen-Friedrichshafen gebraucht den Namen „Bodenseebahn“ mit Unrecht, denn die projektierte Linie würde Personen und Güter nicht an den See, sondern von diesem wegführen. Man betrachtet hier den Regierungsvorschlag als den Interessen der Stadt Konstanz direkt zuwiderlaufend. In dieser die Einwohnerschaft lebhaft bewegenden Frage herrscht die einmütige Ansicht, daß nur die von der Handelskammer und dem Stadtrat befürwortete Ausführung einer Seebahn über Meersburg und einer Zweigbahn von Uhldingen nach dem Salemer Thal und nach Markdorf die beteiligten Thal- und Seegemeinden im Bezirk Ueberlingen wie die Kreishauptstadt Konstanz befriedigen könne. In diesem Sinne haben auf Anregung vieler hiesiger Geschäftsinhaber mehrere 100 Einwohner und Gewerbetreibende unserer Stadt ein Schreiben an Herrn Abg. Hug, als einen Einwohner der Stadt Konstanz, gerichtet.

☐ **Stuttgart**, 6. Dez. Ein zweiter Nachtrag zum Hauptfinanzetat verlangt für die Hagelbeschädigten des Unterlandes einen Kredit von 1½ Millionen Mark, genau die Summe, welche wir trotz eines Dementis der „Frankf. Ztg.“ schon vor längerer Zeit zu nennen in der Lage waren. Die Darlehen sollen auf 1 Jahr unverzinslich, dann mit 2 Proz. zu verzinsen sein. Bei Stundungen bis 1. April 1901 ist ein Zins von 3½ Proz. ab 1. Juli 1899 zu bezahlen. 91 Haupt- und 96 Teilgemeinden mit 113 365 Einwohnern sind in Württemberg von dem Unwetter betroffen worden: $1/10$ des gesamten angebauten Areals des Landes. Der Gesamtschaden ist auf 17½ Millionen Mark berechnet. Bis zum 1. November sind an freiwilligen Gaben an Geld 1 700 441 M. für die Hagelbeschädigten eingegangen. Von den Hagelversicherungen wurden 810 529 M., von der „Nordd. H.-V.“ allein 701 090 M. bezahlt. Notstandsanlehen aus der Staatskasse wurden bis 1. November 802 500 M. bewilligt. Die Ausführung von Straßen- und Flußbauten soll im Winter vorgenommen werden, um der landw. Bevölkerung Beschäftigung zu geben. An Grundsteuern ist bereits ein Nachlaß von 116 884 M. eingetreten. — Der Nachtrags-Etat verlangt ferner für außerordentliche Staatsausgaben im Departement des Innern 1 280 000 M., darunter 344 000 M. für Straßenbauten, 456 000 M. als Beiträge an die Korporationen zu Straßen- und Flußbauten, 400 000 M. zu Staatsbeiträgen behufs Beschaffung von Obstbäumen, Reben, Saatfrüchten, Kartoffeln, Bau- und Dungmitteln rc.

§§ **Neustadt a. H.**, 6. Dez. Von pfälzischen Mitgliedern der Sterbekasse des deutschen Gastwirteverbandes war auf heute eine Protestversammlung hierher einberufen gegen die Beschlüsse der Generalversammlung in Frankfurt a. M. Erschienen waren etwa 150 Gastwirte aus allen Teilen der Pfalz. In dieser Versammlung, welcher Gastwirt Börstler-Landau präsidierte, ergoß sich eine wahre Flut von Anklagen gegen die Leitung des pfälz. Gastwirteverbandes zu Landau sowohl als auch gegen die Hauptvorstandschaft in Darmstadt. Schließlich wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Sterbekasse für die Pfalz zu gründen.

Zeitungs-Schau.

* Der „Bad. Beob.“ weiß zu berichten, daß die demokratische Partei vorgestern hier in Karlsruhe eine Versammlung von Vertrauensmännern des 10. Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal abgehalten hat, auf der über 60 Vertrauensleute anwesend waren. Nach mehrstündiger Beratung sei einstimmig beschlossen worden, in den nächstjährigen Reichstags-Wahlkampf mit einem eigenen Kandidaten einzutreten und als solchen den Landtagsabg. Dr. Heimburger in Karlsruhe aufzustellen. Der Abg. Pflüger hat dem „Ldsb.“ zufolge eine Wiederwahl abgelehnt. Wie das Centrum sich verhalten wird, ist noch nicht zu erkennen, es scheint sich selbst noch nicht ganz klar zu sein. Das Centrum hat bis jetzt die Wahl zwischen einem sozialdemokratischen (Geck) und einem demokratischen Kandidaten — beide sind für das Centrum wahlfähig — es wird vielleicht aber auch einen eigenen Kandidaten aufstellen. In der „Köln. Volksztg.“ kam nämlich dieser Tage ein nach dem Zeugnis des „Beob.“ aus „fachkundiger Feder“ stammender Artikel über die nächsten Reichstagswahlen zu dem Schluß:

„Sollte eine sorgfältige Erwägung aller Umstände und Thatsachen dahin führen, daß das nächstemal in allen 14 Wahlbezirken reine Centrumskandidaturen aufgestellt würden, so wäre es nicht verwunderlich. Das Centrum käme damit auch [...] Widerspruch mit [...] bisher geübten Taktik.“ [...] Beob.“ macht zu diesem Satz so gewun[...] [...]gen, daß kein Mensch weiß, ob er den Ausführ[...] [...] zustimmt oder sie bekämpft.

Aus der Re[...]

* **Karlsruhe**, 7. Dezbr.

= **Hofbericht.** JJ. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen sind Sonntag vormittag gegen 11 Uhr von Baden-Baden abgereist. Die Großherzoglichen und Erbgroßherzoglichen Herrschaften begleiteten dieselben zum Bahnhof, wo ein sehr bewegter Abschied stattfand. Darnach besuchten die Höchsten Herrschaften den Gottesdienst in der Schloßkapelle, welchen der Hofdiakonus Fischer abhielt. — Nachmittags ½1 Uhr kehrten JJ. KK. HH. der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin nach Koblenz zurück. Später empfing S. K. H. der Großherzog den Oberst Freiherrn v. Hoiningen, genannt Huene, Kommandeur des 1. Großh. Hess. Inf.-(Leibgarde-)Reg. Nr. 115. — Am Abend erteilte S. K. Hoheit in Gegenwart des Ministers v. Brauer dem Kais. Russ. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Fürsten Cantacuzène eine feierliche Audienz, in welcher derselbe sein Abberufungsschreiben überreichte. Der Gesandte wurde durch den Obersthofmeister Freiherrn v. Edelsheim eingeführt. Hierauf wurde der Gesandte von J. K. H. der Großherzogin empfangen und nahm dann an einer größeren Tafel teil. — Gestern vormittag halb 10 Uhr trafen JJ. KK. HH. der Großherzog und die Großherzogin aus Baden-Baden hier ein. Dieselben verwendeten mehrere Stunden zum Besuch verschiedener Verkaufsgeschäfte, um Weihnachtsgaben auszuwählen und besuchten dann die Ausstellung des Kunststickereikurses des bad. Frauenvereins. Dort erhielten die Höchsten Herrschaften die Trauerbotschaft von dem plötzlichen Hinscheiden des Geheimerats v. Regenauer. Derselbe war in der Absicht, die Witwe und Angehörigen des verstorbenen Galeriedieners Stark zu besuchen, eben in die Wohnung derselben eingetreten, als er in die Arme des Sohnes Stark sank und alsbald verschied. JJ. KK. HH. verweilten daselbst noch einige Zeit, um von dem behandelnden Arzt des Geheimerats v. Regenauer das nähere über diesen plötzlichen Todesfall zu erfahren. Tief erschüttert verließen JJ. KK. HH. diese Stätte der Trauer. Später besuchten dieselben die Witwe des Verstorbenen. — Von 3 Uhr an nahm S. K. H. der Großherzog die Vorträge des Geheimerats Dr. Buchenberger, des Geheimerats Dr. Eisenlohr, des Staatsministers Dr. Nokk und des Geh. Legationsrats Dr. Freiherrn v. Babo entgegen. Die Rückkehr der Großherzoglichen Herrschaften nach Schloß Baden erfolgte abends 8½ Uhr.

= **Vorlagen für den Bürgerausschuß.** Für die am 13. Dez. stattfindende Bürgerausschußsitzung steht auf der Tagesordnung ein Antrag des Stadtrats, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß das städtische Vierordtsbad mit einem aus Anlehensmitteln zu deckenden Aufwand von 597 000 M. umgebaut, erweitert und mit einem Schwimmbad versehen werde. In der Begründung dieses Antrags wird u. a. folgendes ausgeführt:

Unterm 28. April d. J. hatte der Stadtrat den Umbau und die Erweiterung des städtischen Vierordtsbads mit einem aus Anlehensmitteln zu deckenden Aufwand von 600 000 M. beantragt. Der Antrag war auf die Tagesordnung der Bürgerausschußversammlung vom 13. Juli d. J. gesetzt, wurde aber zurückgezogen, weil der geschäftsleitende Vorstand der Stadtverordneten den Wunsch ausgesprochen hatte, daß derselbe zunächst durch eine aus Stadtratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehende gemischte Kommission insbesondere in der Richtung geprüft werden solle, ob sich nicht eine Minderung des beantragten hohen Kostenaufwandes erzielen lasse. Die Kommission, welche eine eingehende Besichtigung der Badeanstalt vorgenommen hatte, gelangte dabei einmütig zur Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand des Bades unhaltbar sei und ein dringendes Bedürfnis nach einem verbessernden Umbau und einer Erweiterung desselben vorliege. Jedoch wurde der vom Stadtrat beantragte Kostenaufwand als zu hoch erachtet und das Stadtbauamt beauftragt, die Pläne und Kostenanschläge einer nochmaligen Durchsicht behufs Minderung der Kosten zu unterziehen. Insbesondere war man der Ansicht, durch einfachere und weniger umfangreiche Anlage des Schwimmbades wesentliche Ersparnisse erzielen zu können, und es wurde demnach dem Hochbauamt aufgegeben, den ursprünglichen Plan in diesem Sinne zu ändern. Die Arbeiten des Hochbauamts liegen nunmehr vor. Auf Grund derselben wurde auch eine neue Berechnung der Betriebskosten aufgestellt. — Nach den umgeänderten Plänen sollen die für das Dampf- und Heißluftbad bestimmten, neu anzulegenden Aus- und Ankleidekabinette, nicht wie dies ursprünglich vorgesehen war, in einem besonderen Seitenbau, sondern in einem über den bisherigen Kabinetten zu errichtenden zweiten Stocke untergebracht werden. Durch diese Lösung mindert sich der Kostenaufwand um 3000 M. und wird noch zudem der Vorteil erzielt, daß der Platz für ein später etwa herzustellendes Damenschwimmbad nicht verbaut wird, sondern für den fraglichen Zweck zur Verfügung bleibt. Ferner ist in den neuen Plänen die Fläche des Schwimmbassins, die zuerst auf 280 qm bemessen war, auf 198 qm gemindert, wobei das Schwimmbassin die nämliche Größe erhalten würde, wie das des Friedrichsbads. Bei Annahme dieser Aenderung mindern sich die Kosten der Ausführung um 54 500 M., aber auch die Betriebskosten und die für Verzinsung und Abschreibung erforderlichen Beträge, die sich nach dem ersten Projekt (vergl. Seite 29 der Denkschrift des Oberbürgermeisters) auf jährlich 77 678 Mark belaufen, mindern sich nach dem neuen Projekt um jährlich 5886 M., was hauptsächlich daher rührt, daß der Aufwand für die Erwärmung des Badewassers mit der Menge dieses naturgemäß abnimmt. — Die gemischte Kommission hat das neue Projekt einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie war einmütig darin, daß die vom Hochbauamte vorgeschlagene anderweitige Unterbringung der An- und Auskleidekabinette für die Dampf- und Heißluftbäder, abgesehen von der damit erzielten Kostenersparnis, eine wesentliche Verbesserung in sich schließe und daher zur Annahme zu empfehlen sei. Dagegen konnte sie sich in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der Verkleinerung des Schwimmbassins nicht befreunden. Bei dem großen Aufwand, der unter allen Umständen für das Bad gemacht werden muß, schien ihr die mögliche Ersparnis von 54 500 Mark an Kapitalaufwand bezw. von 5886 M. am jährlichen Aufwand nicht hinreichend groß zu sein, um eine Verkleinerung des Schwimmbassins zu rechtfertigen, welche die Benützbarkeit desselben sowohl hinsichtlich der Zahl der Badenden, als der Annehmlichkeit des Badens doch erheblich beeinträchtigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Bad in erster Linie ein Volksbad sein und dem Massengebrauche dienen solle und daß für diesen Zweck ein Bassin von der Größe desjenigen im Friedrichsbad auf die Dauer nicht genügen werde. Es wurde ferner in Betracht gezogen, daß ein größeres Schwimmbassin, weil ein solches für die Schwimmer erheblich angenehmer ist, voraussichtlich stärker besucht sein werde, als ein kleineres, und daß zufolge dieses Umstandes auch auf größere Einnahmen zu rechnen sei. Und schließlich wurde auch für zweckmäßig gehalten, bei dem nunmehr notwendig gewordenen teueren Umbau den Umfang des Bades nicht nur nach dem Bedürfnisse der nächsten Jahre zu bestimmen, sondern dabei auch das voraussichtliche künftige Bedürfnis der rasch sich vergrößernden Stadt zu berücksichtigen.

= **Personalnotiz.** Die beim städtischen Gaswerke in Baden-Baden zu besetzende Stelle eines Elektrotechnikers wurde, wie wir erfahren, Herrn A. Krautinger hier übertragen.

= **Vorträge.** Morgen Mittwoch abend wird im großen Rathaussaale auf Einladung des Kaufmännischen Vereins Herr Karl Weiser, Großh. Hofschauspieler und Regisseur aus Weimar, eine Rezitation über sein Drama „Hutten“ geben. — Beim Kaufmännischen Verein „Merkur“ wird am gleichen Abend im Saal III der Brauerei Schrempp ein Vortrag „Ein Gang durch die allgemeine deutsche Wechselordnung nebst einer kurzen Geschichte des Wechsels“ gehalten.

= **Der Instrumentalverein Karlsruhe** veranstaltet Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, zur Feier des 41. Stiftungsfestes ein Konzert im großen Saale der „Gesellschaft Eintracht“, bei welchem die Konzertsängerin Fräulein Mina Werr hier und der Großh. Hofmusikus Herr Alb. Hartmann aus Mannheim ihre Mitwirkung zugesagt haben.

---

fingen! Wie herrlich und ergreifend ist die letzte Scene zwischen Almuth und Engelmann mit ihrer Schilderung des toten Moores, die sich neben Shakespeares Schilderung der Doverklippe im „Lear“ stellen kann. Man liest die Unterredung Ennos und Engelmanns auf dem berstenden Eis des Schloßgrabens — für die Darstellung hat der Vorfall in eine kalte Erzählung verwandelt werden müssen — nicht, ohne etwas von dem Schauer des Ereignisses mitzuempfinden. Zu dieser Stimmung, in der uns der Dichter trotz aller Wandlungen festzuhalten weiß, gesellt sich die lebendige und scharfe Charakteristik der Figuren.“

Abgesehen von Leipzig und Wien, ist „Die Gräfin“ auch in Berlin und an zahlreichen mittleren und kleinen Bühnen, insbesondere in beinahe sämtlichen ostfriesischen Städten, dem Schauplatz der Handlung des Stückes, zur Aufführung gelangt. In Karlsruhe ist Heinrich Kruse durch sein in den letzten Jahren mit großem Beifall gegebenes Verslustspiel „Standhafte Liebe“ erstmals auf die Bühne gekommen.

Am 15. Dezember d. J. wird Heinrich Kruse, der in Bückeburg lebende greise Dichter, seinen 82. Geburtstag feiern.

※ **Artilleriebund St. Barbara.** Vergangenen Samstag hielt der Artilleriebund „St. Barbara" im dicht besetzten Kolosseumssaale sein 5. Stiftungsfest und Barbarafeier ab. Eine besondere Ehre wurde dem Verein durch die Anwesenheit einer stattlichen Anzahl Offiziere des hiesigen Feldartillerieregiments und mehrerer Ehrenmitglieder zu teil. Die Feier wurde eröffnet durch den Großherzog Friedrich-Marsch, welcher von einer Abteilung der hiesigen Artilleriekapelle zur Aufführung gelangte. Alsdann hielt der 1. Vorstand die Begrüßungsrede und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser und das Großh. Haus. Nach Vortrag eines Musikstückes hielt Kamerad Stäb die Festrede und brachte zum Schluß ein dreifaches Hoch aus auf die Einigkeit Deutschlands, in welches alle Anwesenden kräftig einstimmten und stehend „Deutschland, Deutschland über alles" sangen. Lebhaften Beifall fanden hierauf die Gesangsvorträge des Gesangchors des Vereins unter der trefflichen Leitung des Dirigenten Herrn Weiß. Hierauf ergriff Herr Professor Müller das Wort und dankte namens des Militärverbands, Militärvereins, der Regiments- und Waffenvereine für die ergangene Einladung und schloß mit einem Hoch auf die Artilleristen. Das Singspiel „Die wilde Toni", welches von der Theatergesellschaft des Herrn Kersebaum zur Aufführung gelangte, trug sehr viel zur Verschönerung der Feier bei. Besonders erwähnt seien noch Herr Kull mit seinen humoristischen und Herr Haag mit seinen Gesangsvorträgen, welche reichen Beifall ernteten. Den Schluß der Feier bildete ein Ball, welcher die Festteilnehmer bis zum frühen Morgen beisammenhielt.

= **Akkumulatorenwagen.** Am 2. Dez. fand in München die offizielle Probefahrt mit einem Akkumulatorenwagen der Elektricitätsgesellschaft Triberg zwischen Färbergraben und Isarthalbahnhof statt. Es waren hierzu Mitglieder des städtischen Trambahnausschusses, sowie das Direktorium der Trambahn-Aktiengesellschaft und viele andere Interessenten und Sachverständige erschienen. Die Fahrt fiel, wie die „M. N. N." berichten, zur Zufriedenheit aus. Nach ihrer Beendigung erläuterte Herr Oberingenieur Schneider das eigenartige System der Akkumulatoren der Elektricitätsgesellschaft Triberg, was allgemeines Interesse erregte. Es laufen von obiger Gesellschaft auch reine Akkumulatorenwagen, eingerichtet als Trambahnwagen, ohne ober- oder unterirdische Stromzuführung, sowie seit einigen Tagen ein Vollbahnwagen auf der pfälzischen Eisenbahn.

Stimmen aus dem Publikum.

♀ Karlsruhe, 6. Dez. Mit Freude ist jeder Geschäftsmann den Mitteilungen betreffend Ramschbazare und Schleudergeschäfte gefolgt. Mögen den Käufern endlich die Augen aufgehen, damit sie wieder den soliden Geschäftsmann erkennen lernen! Es ist nämlich nicht so, daß die marktschreierischen Anzeigen nur auf die ungebildete Menge wirken; ein großer Teil des Damenpublikums aus den höchsten Ständen gehört zu den ständigen Kunden solcher Bazare, bei denen sie sogar „Rabattsparbücher" haben. Das Prahlen mit der „vornehmen Kundschaft" ist leider kein Lockvogel, sondern entspricht der Wahrheit. Die Damen scheinen aber selbst zu fühlen, daß sie nicht dahin gehören, denn wenn sie mit einem Paket aus einem solchen Laden herauskommen, so ist es ergötzlich, zu sehen, wie sie die auf das Einwickelpapier gedruckte Firma des Ramschbazars zu verdecken suchen. Warum schämen sie sich, dort gekauft zu haben, und warum lassen sie es nicht lieber bleiben?

Rechtspflege.

⁂ **Karlsruhe,** 4. Dez. (Strafkammer II.) Der ledige Landwirt Eduard Weber aus Pforzheim spielte im Sommer d. J. eines Tages mit einem geladenen Gewehr, als plötzlich ein Schuß losging und die Schrotkörner, mit denen das Gewehr geladen war, den anwesenden Bruder des Weber in den Hals und in die Brust trafen und den alsbaldigen Tod des Getroffenen zur Folge hatten. Weber stand heute wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht und gab den Vorfall zu. Die Strafkammer bestrafte den Angeklagten mit 3 Wochen Gefängnis, abzüglich 5 Tage erlittener Untersuchungshaft. — Polizeidiener Otto Heil I aus Neudorf wurde wegen Körperverletzung im Amt zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. Derselbe hatte am 8. Aug. d. J. in Neudorf dem Heinr. Wilhelm von dort mit der flachen Klinge seines Säbels einige Hiebe beigebracht. — Die Verhandlung der Anklagesache gegen Friedr. Hofsäß aus Göbrichen wegen Körperverletzung wurde vertagt. — Vom Großh. Schöffengericht Bruchsal war unterm 31. August 1897 gegen Schreiner Josef Häfele von dort wegen Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von 10 Wochen ausgesprochen worden. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hatte den Erfolg, daß die erkannte Strafe auf 4 Wochen ermäßigt wurde. — Der ledige Eisendreher Josef Julius Hermann Freihardt aus Wasseralfingen, der ledige Taglöhner Martin Stein aus Rochendorf und der ledige Taglöhner Pius Zieger aus Oberhausen standen unter der Anklage, und zwar Freihardt und Zieger, daß sie gemeinschaftlich am 13. Oktober d. J. aus einem Hausgang in Bruchsal dem Bezirksgeometer Blank mehrere Bekleidungsstücke im Gesamtwert von etwa 50 M. wegnahmen, und Stein, daß er während der Ausführung des Diebstahls Wache stand. Die Strafkammer verurteilte die beiden Erstgenannten, die bereits vorbestraft sind, zu je 5 Monaten Gefängnis und den Zieger zu 2 Monaten. Den Verurteilten wurde je 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. — Der Malerlehrling Karl Müller aus Heilbronn, Schreiner Karl Birn aus Stein und Taglöhner Johannes Frey aus Löhnstetten haben am 29. Oktober d. J. in Huttenheim einen Zechbetrug dadurch verübt, daß sie bei dem Wirt Gänsmantel sich Speisen und Getränke im Werte von 80 Pf. geben ließen, trotzdem sie nicht zahlen konnten. Das Urteil lautete gegen Müller, der vorbestraft ist, auf 3 Monate, gegen Birn auf 2 Tage und gegen Frey auf 3 Tage Gefängnis. Die beiden Letzteren genießen den Strafmilderungsgrund des jugendlichen Alters.

Amtliche Nachrichten.

* Durch Entschließung Großh. Zolldirektion vom 30. Nov. d. J. wurde Hauptamtsassistent ● Hemberger beim Hauptzollamt Mannheim zum Hauptsteueramt Heidelberg versetzt.

* Das Reichsgesetzblatt Nr. 51 giebt bekannt, daß mit dem Ablauf des November d. J. der zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaate Costarica am 18. Mai 1875 abgeschlossene Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag infolge Kündigung der Regierung von Costarica außer Kraft getreten ist.

Kleine Mitteilungen.

* Köln, 7. Dez. In der Infanteriekaserne am Weidenbach wurde bei einer Schlägerei ein Soldat mit einem Seitengewehr getötet, angeblich durch den Stubenältesten, ein anderer Soldat durch mehrere Stiche lebensgefährlich verletzt. Untersuchung ist eingeleitet. (Frkf. Ztg.)

Handel und Verkehr.

* Stuttgart, 6. Dez. (Landesprodukten-Börse.) Trotzdem Amerika in der abgelaufenen Woche seine Notierungen nicht voll behauptete, blieb die Tendenz fest, weil Rußland und Argentinien die Preise nicht ermäßigten. Die Landmärkte zeigen keine Veränderung gegenüber der Vorwoche. Wir notieren per 100 Kilogr. frachtfrei Stuttgart, je nach Qualität und Lieferzeit: Weizen, württemb. Mk. 20.— bis 20.50, bayerischer 21.75 bis 22.50, niederbayerischer Ia. —.— bis —.—, fränkischer 21.75 bis 22.20, norddeutscher 21.25 bis 21.50, Ulka 21.50 bis 22.50, Saxonska 21.75 bis 22.25, Amerikaner 22.50 bis 22.90, Kernen Oberländer 21.50, bis 22.—, Unterländer 21.50 Dinkel 13.60 bis 14.20, Roggen norddeutsch. —.—, russisch 16.30 bis 16.55 bis —.—, Gerste, württembergische 19.— bis 19.50, Pfälzer, 21.—, Tauber 21.— bis —.—, Hafer württembergisch 13.— bis 14.—, prima 15.25 bis 15.75, russisch 15.75 bis 16.50, Mais Mixed 11.55 bis —.—, weißer amerikanisch 11.50, La Plata 12.25, Donau, 12.— bis 12.2.5 — Mehlpreise pro 100 Kilogr. inkl. Sack: Mehl Nr. 0: Mk. 34.— bis 35.—, Nr. 1: 32.— bis 33.—, Nr. 2: 30.50 bis 31.50, Nr. 3: 29.— bis 29.50, Nr. 4: 25.— bis 25.50, Suppengries 34.50 bis 35.50, Kleie 8 M.

* Mannheim, 6. Dez. (Effektenbörse.) Die Börse verkehrte in stiller Haltung. — Wir notiren: Gewerbebank Speyer 128¾ bez. u. G., Pfälz. Hypothekenbank-Aktien 163¼ G., Brauerei Eichbaum 167¾ G., Brauerei Schroedel 138 G. 139 Bf. — Cement Heidelberg 175 Bf. Die Notiz für Binger Aktien-Brauerei-Aktien wurde gestrichen.

* Frankfurt a. M., 6. Dez. (Börsenbericht.) Die neue Steigerung der fremden Valuten in Wien und die Schwierigkeiten des österreichisch-ungarischen Ausgleichs haben an der Donau verstimmt, von der Wiener Vorbörse gingen infolge dessen niedrigere Kurse ein, die auch hier ihre Wirkung nicht verfehlten, um so weniger, als auch hier Realisationsneigung bestand. Der ungünstige Bericht vom amerikanischen Eisenmarkt veranlaßte Abgaben in Montanpapieren, wodurch die Kurse derselben gedrückt worden sind. Infolge dessen war die Haltung des ganzen Marktes heute eine etwas schwächere. Indessen hielten sich die Kursrückgänge doch in bescheidenen Grenzen, und im späteren Verlauf des Geschäfts, als von Wien gerüchtweise gemeldet wurde, daß die Einberufung des Parlaments gesichert sei, trat sogar schon wieder Erholung ein, insbesondere waren die leitenden Bankaktien gebessert. Privatdiskonto 4⅗—¾ Proz.

* **Frankfurt a. Main, 6. Dezember. Abend-Börse. Kreditaktien** 301⅛, 300, ¼ b. Disconto-Comm. 202.20 30 b. Darmstädter 157.40 b. Deutsche Bank 206.60 b. Handelsgesellschaft 174 b. Pfälzer B. 145.50 b. Banque ottomane 113.20, 114 b. Staatsbahn 285¼ b. Lombarden 70⅛ b. Northern 55 b. Gotthard 147.70 b. Central 138.10 b. Nordost 105.80 b. Union 77.30 b. Jura-Simplon 84 60 b. Harpener 183.50 b. Bochumer 200.75 b. Caro-Hegenscheidt 132,40 b. Italiener 94.10 b. Mexikaner 23.70 b. Buenos 31.20 b.

* Amsterdam, 6. Dez. Weizen für März 325.—, für Mai —.—. Roggen für März 132.—, für Mai 129.—. Leinöl hier 14¾ für Frühjahr 15⅛, für Sommer 16⅛, für Herbst —.—, Banca-Zinn, hier 37¾. Billiton hier 37⅝.

* Chicago, 3. Dez. Weizen: Dez. 95—, Jan. 90½, Mai 89⅞, Dez. 24⅞, Jan. 25⅞, Mai 28⅜.

* Hamburg, 3. Dez. Kaffee good average Santos. Schlußkurse für Dez. 29— Pf., für März 29¾ Pf.

* Breslau, 6. Dez. Spiritus, excl. 50 Mk. Verbrauchs-Abgabe, für Dez. 55.50, do. 70er für Dez. 36.—.

* Berlin, 6. Dez. Spiritus, 70er, 38.—.

* Glasgow, 6. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres warr. 45 Sh. — d.

* London, 6. Dez. Silber 27¾.

* Liverpool, 6. Dez. (Baumwolle.) Schluß. Tageseinfuhr 37000, Umsatz 10000 Ballen. Amerikaner unverändert, Surats gedrückt.

* Auf Antrag der Preußischen Pfandbrief-Bank hat die Zulassungsstelle der Berliner Börse 10 000 000 M. 3½ prozentige Rheinprovinz-Obligationen zum Handel und zur Notierung zugelassen. Die Einführung wird in den nächsten Tagen erfolgen, und zwar ohne vorherige Veröffentlichung eines Prospektes, da die Obligationen durch Verfügung des Herrn Handelsministers hiervon befreit sind.

Drahtberichte.

w **Kiel,** 7. Dez. Der Kaiser wird hier, wie die Morgenblätter melden, am Montag der Abfahrt des Kreuzergeschwaders beiwohnen.

w **München,** 7. Dez. Der liberale Klub beschloß einstimmig die Wahl v. Clemms als ersten Präsidenten der Kammer.

w **Rom,** 7. Dez. Die „Italia" weiß über die Ministerkrise zu berichten, daß der König di Rudini die Neubildung des Kabinetts angeboten habe, daß jedoch Rudini unter dem Ausdruck tiefsten Dankes für das königliche Vertrauen vor der Uebernahme den König um Bedenkzeit gebeten habe.

w **New-York,** 7. Dez. Nach hier eingetroffenen Meldungen sind in Haïti Unruhen ausgebrochen. Bewaffnete Banden durchziehen die Straßen von Port au Prince mit den Rufen: „Nieder mit der Regierung!" Die Truppen sind in den Kasernen konsigniert. (Frkf. Ztg.)

Die Botschaft Mac Kinleys.

w **Washington,** 7. Dez. In der Botschaft Mac Kinleys heißt es, der Friede und die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nationen dauern ungestört fort. Nachdem die Tarifgesetzgebung geordnet sei, bilde die Währungsfrage die nächste dringende Frage. Der Präsident empfiehlt, sobald die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der Regierung ausreichen, daß die Noten der Vereinigten Staaten von Amerika, nachdem sie in Gold eingelöst, nur im Umtausch gegen Gold ausgegeben werden sollen. Der Präsident stimmt den eingebrachten Vorschlägen des Schatzsekretärs betr. die Währung und die Nationalbank zu. Sehr ausführlich bespricht die Botschaft die kubanische Frage. Es sei nicht der Wunsch Amerikas, aus dem Mißgeschick Spaniens Nutzen zu ziehen. Es wünsche nur zu sehen, daß die Kubaner sich desjenigen Maßes von Autonomie erfreuten, welches ein unveräußerliches Recht der Menschheit sei. Die spanische Regierung habe politische Reformen versprochen, welche auch Kuba innerhalb eines annehmbaren Zeitraumes friedliche Zustände hervorrufen sollten. Ueberdies sei General Weyler, dessen brutale Maßnahmen die gesittete Welt empört hätten, abberufen worden. An eine zwangsweise Einverleibung, fuhr der Präsident fort, könne nicht gedacht werden; eine solche würde ein verbrecherischer Angriff sein. Die Anerkennung der Aufständischen als kriegführende Macht wäre gegenwärtig unklug und unzulässig; werde sich diese später aber als rätlich erweisen, so werde die Regierung einen entsprechenden Schritt thun. Es sei unleugbar, daß das Ministerium Sagasta während der wenigen Wochen seines Bestehens Beweise der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen gegeben habe. Man dürfe keine Ungeduld aufkommen lassen, die Spanien behindern würde. Wenn kein gerechter Friede erreicht würde, so werde die Notwendigkeit eines weiteren Vorgehens der Vereinigten Staaten bestehen bleiben. Die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens wird so klar sein, daß sie uns die Unterstützung und die Zustimmung der zivilisierten Welt verschaffen wird. Der Präsident befürwortete sodann die Durchführung der Einverleibung Hawaïs und fügte hinzu, Japan sei gegenwärtig von der Absicht der Vereinigten Staaten überzeugt, alle Fragen, die das Interesse Japans berühren, in freundlichem Sinne zu verhandeln. Sodann spricht die Botschaft die Hoffnung aus, daß die Bemühungen des Senators Walcott schließlich zu einem internationalen Abkommen führen werden bezüglich der Silberwährung. Der Kommissar Casson stehe gegenwärtig mit verschiedenen Regierungen in Europa und Amerika wegen Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen in Unterhandlung, und es sei zu erwarten, daß infolge der Verhandlungen der Handelsverkehr Amerikas eine weitere Ausdehnung erfahren werde.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß;
verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Gustav Nagel Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstraße 114. 6472.1
Herrenhüte. Victor Jay, feinste englische Marke.

6488.1 Das Herren- und Knaben-Konfektionsgeschäft von S. Hofmann, Karlsruhe, Ecke der Kaiser- und Waldstraße, hat für die Weihnachtszeit seine Schaufenster in recht geschmackvoller und origineller Weise dekoriert. Die Ausstellung bietet gleichzeitig einen Beweis, daß das Haus bestrebt ist, allen Anforderungen inbezug auf Reichhaltigkeit und Preiswürdigkeit der Artikel zu entsprechen.

Meteorol. Centralstation Stuttgart. Wettervorhersagung.

6. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Ueber Finnland hat sich ein neues Hochdruckgebiet entwickelt, das nach dem Steigen des Drucks bei uns zu schließen nun nach Deutschland sich ausbreiten wird. Dies wird bei uns zunächst fortgesetzt trüb-nebliges Wetter, jedoch ohne wesentlichen Niederschlag, sowie kühle Temperatur zur Folge haben. Da die Temperatur etwas über 0 Grad sich halten wird, so wird in niedrigen Lagen die Schneeschmelze weitere, wenn auch nur langsame Fortschritte machen.

Geboren.

Karlsruhe, 28. Nov. Ferdinand Eugen Reinhold, V. Ferdinand Kientz, Schriftsetzer. — 30. Nov. Friederike u. Karolina, Zwillinge, V. Friedrich Kasper, Reallehrer; Elsa Helena, V. Ernst Ankener, Musiklehrer. — 1. Dez. Klara Hilda, V. Friedrich Laidig, Bierführer. — 3. Dez. Erwin August, V. August Kammerer, Schutzmann.

Eheschließungen.

Karlsruhe, 4. Dez. Georg Fuhrmann von Braunschweig, Kaufmann hier, mit Helene Weller von Schwäb. Gmünd; Severin Jacob von Nöttingen, Küfer hier, mit Crescentia Weiler von Stupferich; Jakob Schaller von Nußloch, Schutzmann hier, mit Elisabetha Staatsmann von Nußloch; Alois Rieger von Michelbach, Stadttaglöhner hier, mit Karolina Kraus von Au a. Rh.; Heinrich Falk von Zell-Weierbach, Mühlenbauer hier, mit Maria Wagner von hier; Josef Kirrmann von Rosenberg, Maurer hier, mit Rosina Egenrieder von Bartholomä; Georg Sauter von Tigelfeld, Metzger hier, mit Maria Mößner von Illingen; August Metzger von Neuchatel, Schreiner hier, mit Marie Sauer von Rauenberg; Karl Bürkle von Metzingen, Wagner hier, mit Christine Mann von Mühlbach; Hermann Taafel von Pforzheim, Zimmermann hier, mit Marie Gebert von Schwaigern; Gustav Ilg von Knittlingen, Kutscher hier, mit Rosina Nill von Tübingen.

Frankfurter Börsenkurse vom 6. Dezember 1897.

Staatspapiere.

Staatspapiere	In Proz. Bez.	G.
Deutsche 3½ % (abg.) Reichs-Anl. M.	102 50	—
" 3½ " "	—	102 [illegible]
" 3 " "	97.0	96 9
Preuß. 3½ % (abg.) konf. St.-A. "	102.90	102 8
" 3½ " " "	102 90	102 8
" 3 " " "	—	97 4
Baden 4 Obl. . . . fl.	—	100 6
" 4 dto. . . . M.	—	—
" 4 von 1886 . "	—	—
" 3½ v. 1892 u. 94 "	102. 0	101 90
Bayern 4 Abl.-R. . fl.	—	103 0
" 3 E.-B.-Obl. M.	95.70	—
3½ Fürstl. Isenbg. und Büd.-Birstein v. 1887 "	—	85.0
Hamb. 3½ St.-Rente "	—	105.7
Gr. Hessen 4 Oblig. "	—	101.2
Württ. Obl. 4 v. 75 80 "	—	101 4
" " 4 v. 81/83 "	101.7	101 6
" " 4 v. 85 u. 87 "	—	101.4
" " 4 v. 1891 "	—	—
" " 3½ v. 88 u. 89 "	—	101 4
" " 3½ v. 1893 "	—	—
" " 3½ v. 1894 "	—	—
Finnländ. 4 Obl. v. 82 M.	101.30	—
" 4 " " 86 "	—	—
5 Griech. E.-B. v. 90 stfr.	—	—
Italien 5 Rente . Lr.	—	94 20
Italiener 3 Rente Lr.	—	59 8
" 5 am. v. 89 S. III u. IV	—	92 7
Oest. 4 Goldrente . fl.	—	103.5
" 4 E.-B.-St. Sch. i. G.	—	—
" 5¼ E.-B. St. Sch. S.	—	—
" 4⅕ Silber-Rente fl.	86 20	86 1
" 4⅕ Papierrente fl.	—	—
" 5¾ E.-B.-Staatssch.	—	—
Portugiesen 4½ St.-Al.	82.00	—
dto. v. 91 (Tab.-Anl.)	94.60	—
dto. 3% . . . fl.)	—	—
Rumän. amt. 5 Rte. 81/88	100.30	100.70
Rumän. 4 am. Rt. v. 90	—	92 3
" 4 " " v. 94	91.3	91 2
4 Russ. Consf. v. 80 Rbl.	—	103 0
4 " Goldanl. v. 1889	—	—
4 " Cs. E.-B. S. 1,2,89	—	103.5
4 " Conf. E. S. 3 v. 91	—	—
4 " Goldanl. E. 3 v. 90	—	—
4 " Staatsr. v. 94	—	66 7
3½ " Goldanl. v. 94	100 1	—
Schweden 3½ v. 80 M.	—	101 0
" 3½ v. 86 "	—	100 6
" 3½ v. 90 "	—	99.9
" 3 . . . "	—	96 5
Serbien 5 Goldrente	—	—
Span. 4 ausl. v. 1882	—	—
Ungarn 4 Goldrente fl.	103 3	103.2
4 Ungar. Staatsr. Kr.	—	100 1
4½ " E.-A. 89 Gold	102.8	102 7
4½ " E.-A. 89 Silb.	—	85 7
Argentinier 5 Goldanl.	—	71 2
5% Chinesische Anleihe	109.50	—
5½ " "	—	105 2
4 Egypt. unific.-Obl.	—	107 5
5 Mexiko Anleihe v. 88	—	—

Provinzial- und Gemeinde-Obligationen.

4 Frankft. a. M. Lit. R. abg. à 3½	—	—
3 Baden-Bad. v. 1886	—	93 2
3½ Freibg. i. B. Obl. 88	—	—
3½ Heidelberg v. 1894	—	—
3 Karlsruhe von 1886	—	94.30
3 " von 1882	—	94.[illegible]
3 " von 1896	—	—
3½ Mannheim v. 1888	—	—
3½ " v. 1895	—	—
5 Stadt Bukarest M.	—	—
5 dto. von 1888	—	—
4 dto. Lissabon v. 86	—	64.20
4 dto. Rom i. G. ftl. gr. Serie II—VIII	—	94.60

Vollbezahlte Bank-Aktien.

Deutsche Rchsb. 3½%	—	160 40
Frankfrt. Bank M. 4%	—	191.5
Badische Bank . 4%	120 30	12[illegible].2
Basler Bankverein 5%	—	—
Berliner Hdlsges. 4%	—	174 6
Darmstädt. Bk. M. 4%	—	157 4
Deutsche Bank . 4%	—	207 6
Deutsche Vereinsb. 4%	—	119 5
Disk.-Komm.-Ant. 4%	—	2[illegible]
Dresdener Bank 4%	—	158 9
Mitteld. Kreditbk. 4%	—	115 7
Natlbk. f. Deutschl. 4%	—	150 5
Oberrhein. Bank 4%	—	128 2
Pfälzische Bank 4%	—	145 [illegible]
Rheinische Kreditbk. 4%	—	1[illegible]1
Süddeutsche Bank 4%	—	101.2
Württ. Notenbank 4%	108.00	107.9
" Vereinsbk. 4%	—	49.2
Oesterr. Ungar. Bk. 5%	—	863 ½
" Kredit-Bk. 5%	—	—
Wiener Bankverein 5%	—	—

Industrie-Aktien.

D. Metallpatronenfbr.	—	357 7
Köln-Rottweil. Pulver	—	237 7
Bad. Anil.- u. Soda-F. 5	—	[illegible]75.8
Bad. Uhrenfabr. Furtw	61.0	—
Bad. Zuckerf. Wagh. 5%	78 00	—
Ettlinger Spinnerei	123 00	122 90
Farbwerke (Höchst) 5	—	[illegible]
Karlsr. Maschinenb. 5	192.20	
Rasch-Fbr. Gritzner 4	—	258 70
Verein dtsch. Oelfbr. 4	—	104 0
Zellstoff-F. Waldhof 4	—	249 50

Aktien inländischer Transport-Anstalten.

Hessische Ludwigs 4%	—	—
Ludwigsh.-Bexbach 4%	—	248.10
Pfälzische Max 4½%	—	155.00
Pfälzische Nord 4%	—	141.80
Nordd. Lloyd 4%	—	—

Aktien ausl. Transp.-Anst.

Oest.-Ung. Staatsb. 5	—	—
Oest. Südb. (Lomb.) 5	—	—
Gotthardb. 500 Fr. 4%	—	—
Ital. Mittelm. L. 500 4	—	—
Westsizilian. E.-B. 4%	—	55 50
La Veloce Bzg.-A. 5%	—	—
dto. St.-A. 4%	—	81 2

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten.

4 Pfälzische . . .	—	101.5
3½ Pfälzische . . .	—	—
3½ " conv.	100.00	—
5 Albrecht, steuerfrei	—	—
4 Böhm. Nord i. G.	—	—
4 Elisabeth, steuerpfl.	—	99 2
4 " steuerfr.	—	1[illegible]2 30
4 Franz Josef "	85 10	85.0
4 Mähr. Grzb. v. 95	100.00	—
5 Oest. Nrdw. Obl. 74	—	—
5 dto. Lit. B. fl.	—	94.2
Oesterr. Sd.-Lomb. fl.	—	—
4 " " M.	—	101.2
3 " " Fr.	—	77 80
5 " Ungar. Stsb.	116.60	116 5
4 " von 1883 M.	103 50	103 40
3 " I.—VIII. Em.	—	95.4
3 " IX. Emmiss.	—	—
3 " von 1885 Fr.	—	91 9
3 " Erg.-Netz "	94 30	-
3 " von 1895 stfr.	89.00	—
4 Pilsen-Priesen stfr.	—	—
3 Prag-Dux v. 1896	—	88 20
3 Raab-Oed.-Ebenf. M.	—	84 50
3 dto. v. 1891	—	81 50
4 Rudolf . . stf. fl.	—	84 6
4 " (Salzkgtb.) M.	—	102 30
5 Ungarische Galiz. fl.	—	—
4 Vorarlberg . stf.	—	—
3 Ital. Eisb. S. A—E	58.30	58 20
3 Livornes. L. C, D u. D²	—	69 9
3 Südital. E.-B. (Mer.)	—	62 10
5 Toskanische E. Fr.	—	94.1
5 Westsic. E. v. 79 stfr.	—	100 60
5 dto. v. 80. .	—	96 00
4 Russ. Südwest E.-B.	—	102 7
4 Wladikawkas E.-B.	—	103 00
Anatol. E.-B.-Obl. i. G.	—	92 40
Oeste de Minas E.-B.	—	70 60
5 Cal. Pac. III. Mortg.	—	97 00
5 California u. Oregon	—	101 10
6 Pac. of Mis. Konsol.	—	88 80
Southern Pac. of Calif.	—	106.0
West. N.-York B. 1 M.	—	105 3

Pfandbriefe.

4 Frkf. Hyp.-Kr. S. 27	—	102.60
3½ dto. S. 28, 30 u. 33	—	99.0
4 Hamb. Hyp.-B. S. 141—250 (unk. b. 1900)	100.80	100.70
4 Meininger Hypothbk.	—	93.0
4 dto. (unk. b. 1900)	—	100.80
3½ dto. (unk. b. 1905)	—	100 0
4 Pfälz. Hyp. (" " 1898)	—	100.0
3½ dto.	—	99.0
4 Preuß. C.-B.-K. 1890 (unk. b. 1900)	100.50	100 4
3½ " C.-B.-K. 1886	98.20	—
3½ " C.-B.-K. 1889	98 20	—
3½ dto. 94 unk. b. 1900	—	98.00
3½ dto. 96 " " 1906	100 10	—
4 Preuß. Hyp.-Vers. Zf.	—	102.10
3½ " Vers.-A.-G. .	—	99 2
3½ " Pfdbr.-Bk. E. XVII unk. b. 1905	—	100.00
4 Rh. Hyp. unk. b. 1902	101.60	101 50
3½ dto.	—	98.20
3½ dto. S. 69—74	—	99 2
4 Südd. B.-Kr. Mnch.	—	100.10
4 Württ. Hypothekenb.	—	101.40
4 Allg. Elektr.-G.-Obl.	—	102.10
5 Dortmund Union-H.	—	—
4 Eisenbahnrentenbk.	—	101.50
3½ Kleinb.-Obl. Preuß. Bd.-Bk. unk. b. 1906	—	100.00

Verzinsliche Lose

4 Badische Prämien .	—	144 10
4 Bayerische Prämien	—	158 2
5 Donauregulierung .	—	113.80
3½ Köln-Mindener .	—	13[illegible] 0
3 Madrider 100 Fr.	—	42 30
4 Meininger Präm.-Pf.	—	13[illegible] 0
4 Oesterr. v. 1854 .	—	15[illegible] 0
5 " v. 1860 .	—	126 70
3 Oldenburger . .	—	13[illegible].90
3 Türken Fr. 400. .	—	35 85

Unverzinsliche Lose.

Ansbach-Gunzh. fl. 7	—	38 4
Augsburger . . fl. 7	—	22 40
Braunschweig Thr. 20	—	108 10
Finnländer Thlr. 10	—	—
Freiburg (Kant.) Fr. 15	—	27 00
Mailänder Fr. 45	—	42 40
" Fr. 10	—	12 80
Meininger . fl. 7	22 10	22 0
Neuchateler . Fr. 10	—	—
Oesterr. v. 1864 fl. 100	—	—
" Kred. v. 58 " 100	—	314 40
Pappenh. Gräfl. " 7	—	22 70
Schwedische Thlr. 10	—	—
Ungar. Staats fl. 100	—	268 8[illegible]
Venetianer Lire 30	—	23 50

Verfallene Coupons.

Amerik. Unit. St.-Obl. . .	4.18
dto. Eisenbahn	4.18
Belgische . . . . Fr. 100	80.60
Franz. . . . . . " 100	80.60
Oesterr. ö. W. . . fl. 100	168.90

Geld-Sorten.

20 Franken-Stücke	—	16 16
Dollars in Gold. .	4.20	4.16
Engl. Sovereigns	20.35	20.31

Papier-Geld.

Amer. (f. Grenb.) p. D.	—	4.17
Franz. Banknoten. .	—	80.70
Oesterr. 100 fl. Banknt.	—	169 20
Russ. Banknot. p. S.-R.	—	—

Wechsel.

		Kurze Sicht.	2½—3 Monate.
Amsterdam	fl. 100	168.6	—
Antwerpen-Brüssel . . .	Fr. 100	80.65	—
Italien	Lire 100	76 95	—
London	Lstr. 1	20.265	20.268 20.320
New-York (3 Tage Sicht) .	D. 100	—	—
Paris	Fr. 100	80.70	—
Schwz. Bkplätze	Fr. 100	80 25	—
Wien ö. W.	fl. 100	169.20	—
dto.	m. S.	—	—

Reichsbank-Diskonto 5%

Prämien-Erklärung: 28. Dez. 28. Jan. **Abrechnungstage:** 30. Dez. 31. Jan.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

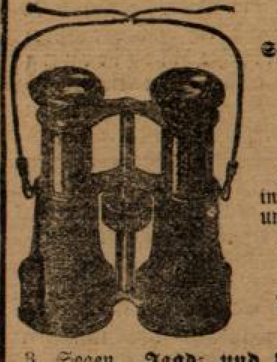
Als **jeder Hausfrau** willkommenes

Weihnachtsgeschenk

empfehlen wir: 6171.5.3

Linoleum-Teppiche, abgepasst in allen Grössen,
Linoleum-Waschtischvorlagen,
Linoleum-Läufer,
Gummitischdecken, hell und dunkel,
Tischläufer, Wandschoner etc. etc.

W. Müllejans Nachf.,
124 a Kaiserstrasse 124 a.



Gg. Barth,

Spezial u. Versandtgeschäft für opt., physikal. u. mathemat. Gegenstände.
Karlsruhe, Kaiserstraße 215,
Ecke der Karlstraße.

Doppel-Fernrohre.

Sämmtliche Instrumente repräsentiren das Beste in den betr. Preislagen und sind mit soliden Etuis und Riemen versehen.

1. Sogen. **„Universalfeldstecher“**, achromatisch für kurze und weite Entfernungen, gute Qualität . . M. 7 50
2. Sogen. **„Distanzglas“** mit stärkerer Vergrößerung, 8 Gläser, Compaß am Instrument . . . „ 9.—
3. Sogen. **„Jagd- und Rennglas“** mit großem Gesichtsfeld, für Theater und Reise . . . „ 10.50
4. Sogen. **„Alpenglas“**, sehr solid ausgeführter Touristenfeldstecher mit prachtvoller Optik . . . „ 15.—
5. Sogen **„Armeefeldstecher“**, Militärglas mit feldmarschmäßig ausgestattetem Etui, gleichzeitig sehr gutes Theater- und Reiseglas . . . „ 14.—
6. **Touristenfeldstecher** mit ausziehbaren Sonnenblenden, starker Vergrößerung und großem Gesichtsfeld zu M 14.—, 18.— und „ 20.—
7. **„Liliput“**, Westentaschen-Feldstecher, gute M. 8.— beste Qualität „ 13.50
8. **Präcisions Doppelperspective** für weite Entfernungen mit vorzüglichster Optik, aus neuen besten Special-Glassorten. Höchst solide Mechanik. 5 bis 10 mal. Vergr. M. 20.—, 24.—, 28.—, 32 50, 35. , 40.—, 45.— 2c.

Theater-Gläser in schwarzen, Perlmot-, Elfenbein-, Schildkrot-Fassungen 2c von **M. 5.— aufwärts.**

Die Patent Zeiß Relief-Fernrohre werden portofrei zu den Original-Fabrikpreisen geliefert **(M 40 bis M. 210).**

Die in allen Preislisten anderwärts angebotenen Instrumente können von mir in gleichen Qualitäten und in vielen Fällen 5 bis 20 % billiger bezogen werden. 6269.3.2

Cacao,

garantirt rein,
per Pfund 1 30 Mk., ⅕ Pfund 26 Pfg.,
„ „ 1.80 „ ⅕ „ 35 „
„ „ 2 40 „ ⅕ „ 48 „

Bruch-Chocolade,

garantirt rein,
per Pfund 0.80 Mk., ¼ Pfund 20 Pfg.,
empfiehlt 5992.4 4

Kaiser's Kaffeegeschäft

Karlsruhe, Kaiserstr. 68 am Marktplatz, Kaiserstr. 134 neben dem Friedrichsbad.

Größtes Kaffee-Import-Geschäft Deutschlands im direkten Verkehr mit den Consumenten.

Theilhaber der Venezuela-Kaffee-Plantagen-Gesellschaft m. b. H. über 200 Filialen eigener Verwaltung.

Kaiser-Nähmaschinen

ein äußerst gediegenes, elegant ausgestattetes erstklassiges Fabrikat empfiehlt unter voller Garantie zu mäßig gestellten Preisen.

Lager in
Nadeln, Schiffchen, Oel, Gummiringen, Schraubenziehern und Maschinentheilen.

St. Göhler, Ritterstraße No. 10—12,
gegenüber dem Museum. 6158.6.4

Reparaturen und Reinigen an allen vorkommenden Nähmaschinen, exakt, pünktlich und preiswürdig.

Emil Bürkel,

Karlsruhe, Waldstraße 48, 6265.6.4

empfiehlt in solider reeller Waare zu billigen, festen Preisen:

Leinen jeder Art, einfach und doppeltbreit, für **Bett-** und **Leibwäsche, Tischtücher, Servietten, Handtücher, Badetücher,** Küchenwäsche, **Halbleinen u. Baumwolltücher** für Betttücher 2c. 2c. **Ettlinger und Elsäßer Shirting, Chiffon, Cretonne, Madapolam, Piqué und Damaste, Satin, Flock-Piqué** 2c. **Taschentücher.**

Hemden-Einsätze, Herren-Unterjacken, Unterhosen, Normalhemden, Baumwollflanelle, Bettdecken, Tischdecken, Vorhangstoffe, Bettbarchent, Federleinen, Flaumdrell, Matratzendrell, Plumeaubezüge weiß u. bunt, **Bett-Decken** in Wolle und Baumwolle, **Federn und Flaum, Roßhaar, Wolle. Anfertigung von Betten und Wäsche. Lieferung ganzer Aussteuern.**

Warum trinken Sie bei den hohen Caffeepreisen nicht einmal täglich Thee?

„WADI-KISAN“

BESTER SCHWARZER THEE

Preiswerteste Marke schon von 2 M. per Pfund 6117.2.2.
Alleinverkauf für Karlsruhe bei **Victor Merkle,** Kaiserstraße 160.

Malzfabrik Kehl a./Rh.

Maschin. Einrichtung neuest Construction, Darre System J. Topf & Söhne.

Es werden noch einige Waggons

Gerste in Lohnmälzerei

übernommen. Pünktliche und billige Ausführung zugesichert.
6330.3.3 Hochachtend
Karl Eidel.

Streng feste Preise.

Hoch-moderne chice Façons.

Bessere Herren- und Knaben-Garderoben

finden Sie in hervorragend schöner Auswahl bei auffallend billigen Preisen im Specialgeschäft I. Ranges

S. Hofmann,

Kaiserstrasse 122, Ecke Waldstraße.
Telephon 430. 6487.1

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Strenge feste Preise.

Heinrich Paar,

Hofjuwelier,

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 78, am Marktplatz,

empfiehlt als **Weihnachts-Geschenke**
sein Lager in

Juwelen, Gold- u. Silberwaaren.

Neu-Anfertigungen werden raschestens ausgeführt. 6396.6.2

Gummischuhe!

deutsches und russisches Fabrikat, in großer Auswahl;
ferner ein Posten **amerikanischer Gummischuhe**, die wir zu ermäßigten Preisen abgeben.

(Wir machen das kaufende Publikum darauf aufmerksam, daß jeder reelle Gummischuh zwischen Absatz und Vordersohle den Fabrikstempel tragen muß. Gummischuhe ohne diesen Stempel sind Ausschußwaare und warnen wir vor Ankauf solcher.)

Wir verkaufen nur Gummischuhe mit Fabrikstempel.

Um geneigten Zuspruch bitten 6353.12.2

Karlsruher Gummiwaaren-Gesellschaft

C. Heinr. Aretz,

Kaiserstraße 133.

In einer Stunde erlernbar. **Akkord-Zithern** **Unterricht allen Käufern gratis**

und andere **Zithern**, alle Sorten, **Violinen** von 2 bis 100 M. **Zieh-Harmonikas** von 2 bis 60 Mark, **Spieldosen** von 1 bis 15 Mark, **Mech. Drehwerke** mit auswechselbaren Stücken von Mark 6.50 an, **Okarinas** von 70 Pfg. an, **Kinder-Zithern** M. 1.50, Kindertrompeten 60 Pfg., **Kindertrommeln** 2c. **Christbaum-Untersätze, Photographie-Albums, Bier-Krüge, Schweizerhäuschen, Cigarrentempel** 2c., alles mit Musik.

Alle **Blas-Instrumente** in Holz und Blech, Trommeln, Flöten, Clarinetten 2c. 2c.

Notenpulte, Saiten, Geigen- und Zither-Kästen, sowie sämmtliche **Bestandtheile.** — Alles zu billigen Preisen bei

C. Sattler, Musik-Instrumentenmacher,
Karlsruhe, Kaiserstraße 26.

Reparaturen schnell und billig. — Preislisten gratis und franko. Man bittet anzugeben, für welche Art Instrumente. 6360.4.2

J. Schneider, Schuhmachermeister,

50 Zähringerstrasse 50,

empfiehlt sein großes Lager größtentheils selbstverfertigter, solider und eleganter **Schuhwaaren** zu billigsten Preisen. Gleichzeitig erlaubt er sich auf seine Reparaturwerkstätte hinzuweisen 5288.20.13

Herren-Sohlen und -Flecken	. . . . . .	2 Mk 50 Pfg.
Damen- „ „	. . . . . .	1 Mk. 80 Pfg.
Kinder- „ „	. . . . . .	von 80 Pfg. an.

Solide Arbeit. **Schnellste Bedienung.**

Schuhwaarenlager und Reparaturwerkstätte
50 Zähringerstrasse 50.

Katalog kostenfrei!

Vaillant's PATENT Gasbadeofen ist der anerkannt beste!

Katalog kostenfrei!

Kein berusstes Wasser, höchste Leistung. Keine wasserberührten Eisenteile. Alle Kupferteile ganz verzinnt, daher kein Rost, sowie jede gesundheitsschädliche Oxydbildung **(Grünspan)** gänzlich ausgeschlossen. **Vollkommenster Schutz gegen Explosion und Wasserüberdruck.** Zu Originalpreisen zu beziehen durch den **Generalvertreter**

Wilhelm Göttle,

Karlsruhe.

Wiederverkäufer bewillige Rabatt. 6405.—1

Praktisches Weihnachtsgeschenk.

Für jeden Geschäftsmann geeignet, ohne besonderes Studium, sehr leicht zu handhaben, ist die

Schreibmaschine

System Graphic, Preis M. 75.

Dieselbe schreibt bei einiger Uebung bedeutend schneller als mit der Hand und liefert eine saubere Schrift.

Zu haben bei

H. Voigt, Adlerstrasse 6. 6359.5.1

Möbel!

P. Hirt, Rüppurrerstraße 36, empfiehlt sein großes Lager in completten Zimmereinrichtungen und einzelnen Möbeln durch alle Rubriken in einfacher und reicher Ausführung, vollständige Betten, Polstermöbel, Spiegel, Kücheneinrichtungen, Teppiche, Läufer, Vorhänge, Bettfedern, Roßhaare. Alle Schreiner- und Polsterarbeiten werden bestens besorgt. 6147.6.4

„Börsen-Bote“ Berlin SW. 12.
Unparteiischer Bericht über die jeweilige **Börsenlage.**
Zuverlässiger Ratgeber aller **Börsen-Interessenten.**
Erscheint wöchentlich zweimal
Probenummern gratis.
5910.12.8

Hebamme Reisser,
Steinwallstraße 74, 1290.52.
Strassburg i. Els.

Großherzogl. Hoftheater zu Karlsruhe.

Dienstag den 7. Dezember 1897.
Abtheilung C. (Graue Abonnem.-Karten.)
24. Abonnements-Vorstellung.

Der Troubadour.

Oper in vier Akten, nach dem Italienischen des Salvator Cammerano, von Heinrich Proch.

Personen:

Der Graf von Luna		Ferdinand Jäger.
Leonore,	Hoffräulein	Pauline Mailhac.
Inez,		Frieda Meyer.
Manrico,	Kriegshptl. des Grafen	H. Rosenberg.
Ruiz,	v. Kastellor	W. Guggenbühler
Ferrando, Waffenträger d. Grafen v. Luna		Adolf Dreßler
Azucena, e. Zigeunerin		Marie Tomschik.
Ein alter Zigeuner		August Haag.
Ein Bote		Fr. Krausemann.

Anfang: ½7 Uhr. Ende: 9 Uhr.
Kleine Preise.

Als passende **Weihnachtsgeschenke** empfehlen wir

Photographische Apparate

in allen Grössen und Preislagen.

Alb. Glock & Cie.,

Kaiserstr. 89. **Telephon 51.** 6167.8.3

Louis Erb, Juwelier

Karlsruhe,
179 Kaiserstraße 179,
empfiehlt sein großes Lager in

Juwelen, Gold- und Silber-Waaren

zu billigen Preisen als passende 6094.6.2

Weihnachts-Geschenke.

Druck und Verlag von ...

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 8. Dezember 1897.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 6. Dezember.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Tirpitz, von Goßler, Frhr. v. d. Recke, Graf Posadowsky, v. Bülow, Nieberding u. A.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung der Marinevorlage.

Reichskanzler Fürst zu **Hohenlohe-Schillingsfürst:** Meine Herren! Die verbündeten Regierungen haben sich dazu entschließen müssen, einen anderen Weg als den bisher verfolgten einzuschlagen, um mit Ihrer Hilfe zu dem Ziele zu gelangen, welches wir erstreben: der Schaffung einer zwar nicht großen, aber leistungsfähigen und achtunggebietenden Kriegsflotte. Man hat bisher versucht, den Ausbau unserer Marine — der in thesi von der Majorität dieses hohen Hauses stets als nothwendig anerkannt worden ist — dadurch einer gewissen Vollendung entgegenzuführen, daß man in jedem Jahre mit Einzelforderungen für Ergänzung und Vermehrung des vorhandenen Schiffsbestandes an Sie herantrat. Wir haben es dann erlebt, daß wegen eines oder zweier Kreuzer sich Kämpfe entwickelten, deren Heftigkeit mit dem Objekte, um das es sich im gegebenen Falle handelte, nach meiner Auffassung keineswegs in Einklang stand (sehr wahr! rechts), und die verbitternd auf das politische Leben der Nation wirkten. Führten diese Kämpfe zu der Ablehnung einzelner Forderungen, so waren vorgeschrittene Gegner der Regierung auf dem Plane, um die Ablehnung zu einer schweren Niederlage der Regierung zu stempeln, denen der größte Theil derjenigen, die hier im Hause ein ablehnendes Votum abgegeben hatten, der Forderung nicht prinzipiell feindlich gegenüberstand, sondern nur jeweilig aus Gründen verschiedener Art deren Bewilligung nicht für opportun erachtete. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte). Das Ergebniß dieser Art der Behandlung der Marinefragen ist gewesen, daß trotz bedeutender Aufwendungen unsere Flotte sich nicht so entwickelt hat, wie Deutschlands Lebensinteresse dies erfordert. Die Marine hat gewissermaßen von der Hand in den Mund leben müssen, und auch der Versuch, für ihre Fortentwickelung eine bestimmte Linie vorzuzeichnen, ist nicht geglückt.

Wir sind daher zu der Ueberzeugung gelangt, daß hier ein Fehler im System vorliegt. Es geht nicht an, ein festgefügtes Gebäude zu errichten, ohne daß die Bauleute klar und einig werden über den Plan, nach dem die Fundamente gelegt und die Mauern aufgeführt werden sollen. Die Vorlage, welche Ihnen zuletzt zugegangen ist, will in dieser Beziehung Klarheit und Einigkeit zwischen allen mitwirkenden Faktoren schaffen.

Wäre unsere Marine eine althistorische Organisation, die wir nur gelegentlich zu verbessern und auszugestalten hätten, so hätte sich vielleicht mit dem gegenwärtigen System der jährlichen Forderungen und Bewilligungen auskommen lassen — ganz ohne Zweifel hierüber bin ich freilich nicht. Hat man es doch, wie ich glaube, mit vollem Recht für erforderlich gehalten, die Friedensstärke der Armee für eine Mehrzahl von Jahren fest zu bestimmen, obgleich die Armee in der allgemeinen Dienstpflicht eine unerschütterliche gesetzliche Basis ihres Bestandes findet. Für die Marine aber muß nicht nur der Ersatz an Menschen, sondern auch der Ersatz an Schiffen geschaffen werden, um gesichert zu sein, wenn ihre Organisation auf einer gesunden Grundlage beruhen soll. Zudem findet die Armee einen unanfechtbaren Rechtstitel für ihr Dasein in einer langen und ruhmreichen Geschichte, durch die der gesammten Nation zu lebendigem Bewußtsein gebracht ist, daß von ihrer Tüchtigkeit und Kraft die Ehre und die Existenz des Vaterlandes abhängen. (Sehr richtig! Beifall.)

Was aber die Marine betrifft, so war sie noch während des letzten Krieges zu schwach und unentwickelt, um eine irgendwie bedeutsame Entscheidung auszuüben. Mit der Gründung des Reiches fand sich wohl ein lebhaftes Interesse für die Aufrichtung einer deutschen Seemacht. Aber dieses Interesse ist nicht immer gleich stark geblieben. Vielleicht hat gerade der Umstand, daß wir eine glänzende Machtstellung in der Welt ohne Mitwirkung einer Flotte erworben hatten, den Durchbruch der Erkenntniß verlangsamt, daß wir einer tüchtigen Flotte absolut benöthigen, um diese Stellung aufrecht zu erhalten. Der Gang der Ereignisse jedoch, die ungeheure Einwirkung unserer überseeischen Interessen, die für Deutschland ungünstige Verschiebung der Stärkeverhältnisse zwischen unserer eigenen und den fremden Kriegsmarinen hat allmälig in den weitesten Kreisen unseres Volkes die Ueberzeugung gestärkt, daß unsere jetzige Flotte nicht im Stande ist, die ihr auf maritimem Gebiete in den kommenden Jahren erwachsenden Aufgaben zu erfüllen. Der gleichen Ansicht sind die verbündeten Regierungen, die namentlich, soweit sie Seeuferstaaten angehören oder wichtige Exportinteressen ihres Landes vertreten, ein maßgebendes Urtheil beanspruchen können. In ihrem Namen habe ich zu erklären, daß sie einmüthig die jetzt geforderte mäßige Vermehrung der zur Zeit vorhandenen und im Bau begriffenen Kriegsschiffe für eine nicht mehr von der Hand zu weisende Nothwendigkeit halten.

Der Gesetzentwurf trägt diesem Bedürfnisse Rechnung in einer Form, welche den Zwang enthält, die Flotte innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf eine bestimmte Höhe zu bringen, und ihren Bestand auf dieser Höhe sichert. Geht man von der Voraussetzung aus, daß eine solche Nothwendigkeit vorliegt, so wird man an der gewählten Form nicht Anstoß nehmen dürfen, nachdem die Erfahrung uns alle gelehrt hat, daß die Form stückweiser Bewilligung der planmäßigen und raschen Vollendung eines noch unfertigen Instituts, wie es unsere Marine thatsächlich ist, hinderlich entgegensteht.

Diese Erwägungen haben zu dem Entschluß geführt, die Form des Gesetzes zu wählen, welche die verbündeten Regierungen nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung einstimmig als unerläßlich erachten.

Ich will ja nicht leugnen, daß die Vorlage von dem Reichstage eine gewisse Entsagung fordert; was ich aber in Abrede stelle, ist, daß sie eine Verletzung des Etatsrechts enthält. Ueber die Zeiten sind wir nach meiner Meinung hinaus, in denen eine doktrinäre Auffassung aus dem Bewilligungsrecht der Parlamente deren Befugniß ableitete, durch Nichtbewilligung den Staatsorganismus ganz oder theilweise lahmzulegen. Es können daher füglich die Ausgaben für gewisse als dauernd nothwendig erkannte Zwecke durch Gesetz für bestimmte Zeiträume oder für immer bewilligt werden, ohne daß das Essentielle des parlamentarischen Bewilligungsrechts eine Einbuße erlitte.

So wird denn auch Niemand darüber im Zweifel sein können, daß nach der Annahme dieses Gesetzentwurfs dem Reichstag noch ein weiterer Spielraum bleiben wird, um bei der jährlichen Feststellung des Marine-Etats seinen berechtigten Einfluß auf die Gebahrung der Marineverwaltung auszuüben.

Und dann, meine Herren! nehmen Sie den Gesetzentwurf an, so binden Sie nicht nur sich selbst bis zu einem gewissen Grade die Hände, Sie binden sie auch den verbündeten Regierungen. Was diese erstreben, zeigt Ihnen der Gesetzentwurf in vollkommener Klarheit; die jetzt erhobenen Forderungen sind so bemessen, daß ihnen gegenüber die Anstrengungen über die so lästig empfundenen Marinepläne endlich ein Ende finden sollen. Ich will es dem Herrn Staatssekretär des Reichs-Marineamts überlassen, Ihnen hier oder in der Kommission nachzuweisen, daß ein zweckmäßiges Funktioniren des Marineorganismus geradezu abhängig davon ist, daß ihm eine gewisse Stärke gegeben wird, und daß dessen Leistungsfähigkeit eigentlich erst beginnt mit dem Augenblick, wo er diese Stärke erreicht hat.

Gestatten Sie mir persönlich noch einige Worte. Die Vorlage zeigt Ihnen, daß wir nicht daran denken, mit den großen Seemächten zu rivalisiren, und für den, der Augen hat zu sehen, zeigt sie, daß uns der Gedanke einer Politik der Abenteuer fern liegt. Gerade aber zur Führung einer friedlichen Politik, wie wir sie wollen, muß unsere Flotte einen Machtfaktor bilden, der in den Augen von Freund und Feind ausreichendes Gewicht besitzt. Deutschland kann und darf keine quantité negligeable sein, wenn es gilt, internationale und unsere Interessen wesentlich berührende Probleme zu lösen, die sich nicht auf dem Boden des europäischen Kontinents abspielen. Wollen wir unsere weitere gedeihliche Entwickelung auf wirthschaftlichem Gebiete und unsere Stellung im Konzert der Mächte sichern, so müssen wir auch hier ein, wenn auch bescheidenes Wort, jedenfalls aber ein deutsches Wort mitzureden haben.

Meine Herren, es handelt sich um eine Vorlage von hervorragender Bedeutung, an der das ganze deutsche Volk, alle Parteien und alle Erwerbszweige in gleicher Weise interessirt sind. Ich hege die sichere Erwartung, daß es dem Patriotismus des hohen Hauses gelingen wird, sie in der von den verantwortlichen Faktoren für erforderlich erachteten gesetzlichen Form zum Abschluß zu bringen. Das Vaterland wird Ihnen hierfür Dank wissen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär im Reichsmarineamt **Tirpitz:** Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll gesetzlich festgelegt werden 1) der Sollbestand der Hauptschiffsklassen, der Linienschiffe, der Küstenpanzerschiffe, der großen und kleinen Kreuzer; 2) die Frist, bis zu welcher dieser Sollbestand erreicht werden soll; 3) die Frage der Ersatzschiffe; 4) diejenige Indienststellung, welche auf organisatorischer Grundlage beruht und endlich die Grundsätze für die Ergänzung des Personalbestandes. Was zunächst die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes der Schiffe anlangt, so sind eine Reihe von Bedenken nach dieser Richtung geltend gemacht worden. Zunächst wird das Bedenken angeführt, daß die Technik sich immer weiter entwickle. Die Fassung des Gesetzentwurfes läßt der Entwicklung der Technik vollständig freien Spielraum. Unbeschadet des Ersatzes könnten es Linienschiffe aus älterer Zeit sein oder es können Schiffe sein, welche bis jetzt als Linienschiffe bezeichnet worden sind, z. B. „Kaiser Friedrich II.“, „Kaiser Wilhelm II.“, „Ersatz König Wilhelm“, welche dieses hohe Haus bewilligt hat. Der große Kreuzer könnte die Fregatte sein oder der jetzt sogenannte Panzerkreuzer, bei dem das Deck geschützt ist, der Seitenpanzer hat und eine angemessene Batterie. Die Technik kann also, da wir ja Schiffstypen aus langen Zeiträumen haben, einer gesetzlichen Festlegung keine Schwierigkeiten machen. Es ist dann weiter das Bedenken geltend gemacht worden, daß die Kriegskunst veränderlich sei. Man solle deshalb eine Flotte nicht derartig gesetzlich festlegen. Die Möglichkeit liegt ja vor, daß in 10 bis 15 Jahren ein Gesetzgeber zu einer anderen Zusammensetzung der Zahlen kommen könnte. Diese Zahlen sind aber in der Hauptsache wenigstens abhängig von der Formation der Schlachtflotte, wie sie das Gesetz vorsieht. Ich für meine Person glaube, daß diese Formation auf eine sehr lange Zeit die Grundlage unserer Flotte bilden wird. Man könnte dann auch weiter sagen, daß wir in die Lage kommen würden, die Auslandsschiffe zu vermehren. Das ist ja möglich. Die Auslandsschiffe sind berechnet nach den heutigen Seeinteressen des Reiches. Und es wäre ja ein günstiges Zeichen, wenn solche Bedürfnisse herantreten; denn das wäre ein Beweis dafür, daß unsere Seeinteressen sich machtvoll entwickelt haben. Sie können die Frage, ob ein solcher Sollbestand gesetzlich festgelegt werden darf, an dem Beispiel ermessen, welches Sie selbst mit der Festsetzung der Schiffszahl im Jahre 1873 gegeben haben. Diese Zahl ist noch zum Anfang der 90er Jahre anstandslos als richtig und nothwendig anerkannt worden und hat zum Besten des Reiches und der Flotte genügt. Wenn nun eine solche Festlegung der Zahl 20 Jahre lang funktionirt, dann können wir wohl unbesorgt die Festlegung durch diesen Entwurf vornehmen.

Es ist dann weiter der Fassung des Gesetzes entgegengehalten worden, daß wir eine unbegrenzte Giltigkeitsdauer für diesen Sollbestand festgesetzt haben. Ja, meine Herren, ich glaube kaum, daß diese unbegrenzte Giltigkeitsdauer eine Frage grundsätzlicher Bedeutung für die verbündeten Regierungen sein könnte. Zu kurz könnte man ja in Anbetracht der Lebensdauer der Schiffe der langen Bauzeit eine Giltigkeitsdauer nicht nehmen. Wir müssen doch mindestens mit 10—12 Jahren rechnen. Man würde sie gesetzlich außer Kraft setzen in dem Augenblick, wo sie nicht mehr im Stande ist, vollständig zu funktioniren. Ich sollte doch meinen, daß das hohe Haus keinen so hohen Werth auf eine Begrenzung der Giltigkeitsdauer legen dürfte.

Am meisten scheint die Festsetzung der Frist beanstandet worden zu sein. Ich möchte doch hervorheben, daß die Aufnahme dieses Punktes in keiner Weise ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstag sein soll. Ich bitte festhalten zu wollen, daß die Marineverwaltung und die verbündeten Regierungen nach dieser Richtung hin gewissen drängenden Thatsachen gegenüber gestanden haben. Im Jahre 1873 wurden 14 Linienschiffe als nothwendig anerkannt, und erst 1894, also erst nach 21 Jahren, sind diese Schiffe thatsächlich vorhanden gewesen. Ich weiß sehr wohl, daß bei dieser Thatsache eine ganze Reihe anderer Momente mitgewirkt haben. Das hindert doch aber nicht, die Wirkungen, die Thatsachen selbst anzuerkennen, die dahin drängen, eine gesetzliche Normirung festzulegen. Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der vielfach nicht in vollem Maße gewürdigt worden ist. Das sind die Vortheile, die aus dieser gesetzlichen Festlegung erwachsen, wenn die Marineverwaltung ein gewisses Maß von Disponirung bei dieser Aufgabe vor sich hat, wenn sie im Stande ist, die Bauten in zweckmäßiger Weise auf die Werften zu vertheilen, wenn sie im Stande ist, die Arbeiterfrage zu regeln, die Leistungsfähigkeit der Industrie zu berücksichtigen. Was steht denn nun einer solchen Festsetzung der Frist entgegen, die so viele geschäftliche Vortheile hat? Man hat gesagt, es sei eine Beschränkung des Budgetrechtes. Darüber hat der Herr Reichskanzler schon gesprochen. — Es ist weiter ausgeführt worden, man könne doch nicht Dinge bewilligen, von denen man die finanziellen Konsequenzen nicht zu übersehen im Stande wäre. Ja, es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß das ein plausibler Grund ist, aber abgesehen davon, daß doch doch eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen bestehen, die gleichfalls finanzielle Konsequenzen im Gefolge haben, die auch noch nicht zu übersehen sind, so liegt die Sache hier doch anders. Es handelt sich doch nur um Neubauten, die innerhalb der nächsten sieben Jahre vorgenommen werden sollen, um Neubauten im Allgemeinen auf der Grundlage, die bereits mein Vorgänger hier dargelegt hat. Ich bin so vorsichtig gewesen, den Anschlag, den mein Vorgänger gemacht hat, noch um eine Million zu erhöhen, um ganz sicher zu gehen. Sie sehen daraus, daß der Einwand der nicht zu übersehenden finanziellen Konsequenzen faktisch nicht zutreffend ist. Die Sache liegt vom praktischen Standpunkt aus so: Auf der einen Seite würde, wenn das hohe Haus den Sollbestand der Flotte genehmigen würde, durch die Aufnahme der siebenjährigen Frist den Nachfolgern im hohen Hause die Möglichkeit genommen werden, das Tempo der Neubauten zu verzögern. Auf der anderen Seite geben Sie der Marineverwaltung die Möglichkeit, rationell über die Gelder zu disponiren. Ich persönlich bin mir nicht zweifelhaft, daß, wenn die Frist festgesetzt wird, die Schiffe billiger und besser hergestellt werden können und daß unsere Industrie im internationalen Wettbewerbe leistungsfähiger gemacht wird. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt meines alten und verehrten Chefs, des Generals v. Stosch, der eine wesentliche Aufgabe der Marineverwaltung darin sah, daß sie bei rechtzeitiger Disposition über die flüssigen Gelder die Möglichkeit hat, die Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Industrie zu erhöhen. Ich habe persönlich eine Erfahrung hierin gemacht. Ich bin seiner Zeit bei der Beschaffung des Materials thätig gewesen, als im Jahre 1884 der Marineverwaltung auf einmal vom hohen Hause eine größere Summe bewilligt wurde. Wir haben damals durch die Möglichkeit, rationell zu disponiren, erstens erreicht, daß wir die beste Bauart, die überhaupt in Betracht kam, wählen konnten, daß wir zweitens die Vorbereitungen für die einzelnen Bauten gut geregelt haben und drittens haben wir die Leistungsfähigkeit der Industrie so vorwärts getrieben, daß sich das Geld wieder eingebracht hat.

Ich komme nun zur Nothwendigkeit, die Ersatzbauten zu regeln. Es ist bekannt, daß die Schiffe nur eine begrenzte Lebensdauer haben. Es ist ferner Thatsache, daß unsere Flotte durch nicht mehr verwendbare Schiffe reduzirt worden ist und daß wir nicht im Stande sind, im Auslande so viel Schiffe zu verwenden, als erforderlich ist. Auch die Küsten erfordern einen höheren Schutz. Es wird nun mehrfach hervorgehoben, daß eine ganze Reihe von Schiffen schon gebaut werden. Das ist ja das ganz besondere Verdienst des hohen Hauses, das die Schiffe bewilligt hat. Aber man kann doch mit diesen im Bau befindlichen Schiffen keine Küstenvertheidigung und keine Verwendung im Auslande vornehmen. Es handelt sich hier um die Schaffung der Kadres der Schlachtflotte und um die Kriegsbereitschaft, um die Mobilmachung, um den Aufmarsch der ganzen Flotte, um die Vorbereitungen zur Verwendungsweise der Kadres. Dies bildet gewissermaßen das Rückgrat des ganzen organisatorischen Aufbaues unserer Marine und bedarf deshalb einer gesetzlichen Regelung. Die Aufnahme der Berechnung des Personalbestandes in dem Entwurf ist mehr der Vollständigkeit halber geschehen. Indessen war es auch hier der Wunsch, auch nach dieser Richtung hin klare durchsichtige sichere Verhältnisse zu schaffen.

Ich wende mich nun zu den materiellen Forderungen. Was die Linienschiffe anlangt, so ist die Zahl 14, die im Jahre 1873 festgesetzt wurde, ja immer als erforderlich und richtig angesehen worden. Von diesen 14 fehlen zwei; 12 sind vorhanden. Der Entwurf sieht eine Vermehrung um 7 Linienschiffe vor. Es sei mir gestattet, einen Augenblick diese Zahl 14 vom historischen Standpunkt zu beleuchten. Als damals General v. Stosch diese Zahl vorschlug, lag die Absicht vor, daraus zwei Geschwader zu formiren, von denen das eine zu 6 Schiffen in der Ostsee, das andere zu 8 in der Nordsee sein sollte. Damals bestand schon die Schwierigkeit, daß wir nicht wußten, nach welcher Seite der Schwerpunkt der Vertheidigung in unseren Gewässern gelegt werden solle. Es wird Ihnen bekannt sein, daß gerade diese Schwierigkeit die Veranlassung war, daß Kaiser Wilhelm I. den Gedanken des Nordostseekanals wieder aufgriff und Fürst Bismarck diesem Gedanken zustimmte mit der Bemerkung: Dann kann die Schlachtflotte wenigstens aus dem einen Loche heraus! Als die Fertigstellung des Kanals in greifbare Nähe gerückt und auch die Marine gleichzeitig qualitativ und quantitativ genug entwickelt und gereift war, haben wir eine Reihe von systematischen Versuchen angestellt, wie sich die Verwendung der Flotte gestalten würde, wenn wir im Stande wären, die Flotte zu vereinen. Das Resultat dieser Arbeiten, die eine Reihe von Jahren in Anspruch genommen haben, war, daß wir einen großen Gegner gegenüber nur dann Chancen hätten, wenn wir mindestens zwei Geschwader zu acht Schiffen zur Verfügung hätten. Im Januar 1893 wurde ein Reglement über die Flotte erlassen, das genau die Formation und Zahlen enthält, welche im Entwurf festgelegt sind. Sie stehen hier also einer geschlossenen und gereiften Ansicht der gesammten Seeoffiziere gegenüber. Im Bezug auf die darzulegende Art der Landesvertheidigung ist es mir unmöglich, hier eine eingehende Begründung zu geben. Ich werde mir erlauben, nach dieser Richtung hin so bald wie möglich Aufklärungen in der Kommission zu geben, und möchte nur hervorheben, daß, wenn ich das große Glück haben sollte, die Herren von der Richtigkeit meiner Ansicht zu überzeugen, Sie darin ein weiteres Motiv erblicken werden, von welcher Bedeutung gerade die Festsetzung einer solchen Beschaffungsfrist für die Flotte selbst ist. Wir können die ganzen militärischen Vorbereitungen, die Personalausbildung, die Mobilisirungspläne und sonstigen Arbeiten so einrichten, daß sie fertig werden in dem Augenblick, wo die Flotte, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, thatsächlich verwendungsfrei wird, d. h. im Jahre 1904. Unsere Schlachtflotte hat den Zweck einer Schutzwaffe. Um diesen Zweck zu erfüllen, um überhaupt einen Daseinszweck zu haben, ist eine Minimalstärke der Flotte nöthig, und diese konzentrirt sich in erster Linie auf die beiden Geschwader zu acht Schiffen. Geht unsere Flotte unter diese Stärke herunter, so verliert sie ganz unverhältnißmäßig an Werth und wird sehr bald überhaupt keinen Zweck haben; und das Geld und die Arbeit, welche in diese Flotte hineingesteckt worden sind, würde ganz umsonst aufgebracht worden sein. Wenn sie sich dazu entschließen, die Flotte jetzt so zu vermehren, so liegt es auf der Hand, daß, wenn wir eine Flotte wenigstens in der Stärke haben werden, und daß Sie Deutschland eine solche Seemacht schaffen, gegen die offensiv an unserer Küste vorzugehen, selbst eine Seemacht ersten Ranges sich bedenken würde. (Hört, hört! links.); Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Wagschale werfen kann. Die Nothwendigkeit der Kreuzer und Schlachtschiffe ist gegenwärtig eben so groß, wie sie vor 100 Jahren gewesen ist. Sie haben eine ähnliche Bedeutung, wie sie sie für die Expedition Napoleons nach Aegypten gehabt haben, auch heute noch, ja schließlich ist ihre Bedeutung noch gestiegen. Was die Indienststellung eines aktiven Geschwaders angeht, so werden Sie aus der Begründung, die dem Gesetzentwurf beigegeben ist, die hervorragende Bedeutung der Indienststellung eines solchen Geschwaders einem etwaigen feindlichen Ueberfall gegenüber ersehen.

Ich komme noch einen Augenblick auf die Kosten. Die Ausgaben für Schiffsbauten sind für die nächsten 7 Jahre auf jährlich praeter propter 60 Millionen geschätzt worden, zusammen 410 Millionen, wovon die Ausgaben für die Ersatzbauten jährlich 30 Millionen, zusammen auf 211 Millionen kommen. Auch die sonstigen einmaligen Ausgaben, wie sie von mir veranschlagt sind, werden, wie ich glaube, ausreichen. Ich bin weit entfernt, diese Beträge als eine geringe Summe ansehen zu wollen, aber vielleicht verliert die Summe ihren Schrecken, wenn Sie bedenken, daß es sich in den sieben Jahren nur um eine Steigerung des Etats um 32 Millionen handelt.

Ich komme zum Schluß: Die Seeinteressen Deutschlands [illegible] wie der Reichskanzler vorhin ausgeführt hat, und [illegible] von mir vorgelegten Material hervorgeht, seit Errichtung des [illegible]

zu ganz ungeahnter Weise gestiegen, und ihre Erhaltung ist zu einer Lebensfrage Deutschlands geworden. Werden die Seeinteressen Deutschlands in Zukunft unterbunden oder ernstlich geschädigt, so muß Deutschland erst einem wirthschaftlichen und dann einem politischen Niedergange entgegengehen. Mögen Sie herausgreifen das politische Ansehen Deutschlands außerhalb Europas, oder die Offenhaltung wichtiger Lebensadern Deutschlands, oder den Schutz deutscher Rechtsbürger in fernen Ländern und den Schutz und die Vertretung dortiger Werth- und Handelsinteressen: alle diese Interessen finden ihren Rückhalt in unserer deutschen Flotte. Die verbündeten Regierungen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß das bisherige System, den Bedarf der Flotte nur durch jährliche Bewilligungen zu decken, nicht mehr ausreicht, daß vielmehr eine gesetzliche Festsetzung für die Marine unerläßlich geworden ist. Denn durch die gesetzliche Regulirung wird in rationeller Weise die Schaffung der erforderlichen Anzahl von Schiffen in gemessener Frist dauernd gesichert. Dem hohen Hause ist demzufolge eine Vorlage zugegangen, welche in finanzieller Beziehung das unbedingt Nothwendige fordert. Ich bitte Sie nochmals herzlich, an die Prüfung dieser für die deutsche Flotte entscheidenden Vorlage mit Wohlwollen heranzutreten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Schönlank** (Soz.): Wie sehr sich die Situation verändert hat, zeigt sich am besten, wenn man die Auslassung des „Reichsanzeigers" vom 12. September 1896 betrachtet, nach welcher die Regierung gar nicht daran dachte, uferlose Pläne zu verfolgen und von dem bisherigen System der jährlichen Bewilligung abzugehen; die Pläne des Kontreadmirals von Tirpitz sollten nicht die der Regierung sein. Jetzt aber hat die Regierung mit dem Reichskanzler an der Spitze die Flagge gestrichen, und der damalige unverantwortliche Kontreadmiral ist heute Staatssekretär des Reichsmarineamts. Das kennzeichnet die ganze Entwickelung unserer Politik. In dem letzten Vierteljahrhundert sind für die Marine 1501½ Mill. ausgegeben worden, und die Steigerung unserer Ausgaben auf diesem Gebiete ist ununterbrochen eine viel höhere, als die der anderen Staaten für ihre Marine. Man tröstet die Steuerzahler und das Parlament damit, daß es sich nicht um neue Steuern oder Anleihen handelt. Unsere Reichsschuld beträgt bereits jetzt 2351 Millionen, und wir wissen, daß die Herren mit Versprechungen immer sehr leicht bei der Hand sind. Der Reichskanzler hat hier auch feierlich erklärt, wie die Frage des Vereinsgesetzes in den Einzelstaaten gelöst werden solle, und welche Vorlage hat man in Preußen gemacht? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Hohenlohe hat auch die Vorlegung einer den modernen Anschauungen entsprechenden Militärstrafprozeßordnung zugesagt, und jetzt ist uns ein Machwerk vorgelegt, das niemanden befriedigt. Es handelt sich bei der jetzigen Vorlage um eine große finanzielle Belastung, und da muß in erster Reihe das Budgetrecht zur Verhandlung kommen. Mit Erstaunen habe ich gehört, wie leicht der Reichskanzler über das Budgetrecht des Hauses hinweggegangen ist. Er scheint zu glauben, daß wir moderne Menschen seien, die nicht im „doktrinären Parlamentarismus" befangen wären und die, wenn eine hohe Stelle es wollte, das Budgetrecht einfach über den Haufen werfen müßten. Das Budgetrecht ist allerdings vielen hohen Herren ein Dorn im Auge. Als im Frühjahr zwei Kreuzer abgelehnt worden, fiel das Wort von den vaterlandslosen Gesellen. Jetzt bedankt sich Herr Tirpitz bei den vaterlandslosen Gesellen und will aus dem Reichstage eine chinesische Pagode machen, die blos Ja nickt, wenn die Regierung es will. Dieser Reichstag hat ja nur eine kurze Dauer, vielleicht wird er auch einen „Stohtod" sterben. Aber wir sollen ja nicht nur diesen Reichstag binden, nein auch die folgenden, und deshalb müssen wir uns aufs energischste gegen jede Beschränkung des Budgetrechts sträuben. Der Reichskanzler stellte es so dar, als ob wir früher nicht auf dem richtigen Wege waren, und ihn erst jetzt eingeschlagen haben. Es erscheint doch aber sehr sonderbar, daß bisher so viele ausgezeichnete Marineleute den Fehler mitgemacht haben. (Redner verliest Aussprüche Caprivis und Hollmanns.) Die Gründe, mit denen die Flottenpläne jetzt vertheidigt werden, sind fadenscheinig, der Reichskanzler selbst hat geradezu an die gloire appellirt. Dies berührt doch eigenartig gegenüber den Monarchenzusammenkünften und all' den Friedensverkündigungen. Man versucht uns auch mit dem Landungsgespenst zu schrecken, aber die anderen Länder, Italien, Frankreich, Rußland haben weit größere Küstenstrecken als wir. Erstaunlich ist es auch, daß dieselbe Regierung, die uns die Zunftgesetze, das Börsen- und Margarinegesetz gegeben hat, jetzt vorgiebt, die Industrie schützen zu müssen. Die Regierung hat bisher durchaus nicht im Zeichen des Verkehrs gestanden, sondern im Zeichen der sozialpolitischen Verkehrtheit! Was hat Handel und Industrie mit der Flotte zu schaffen? Deutschlands Handel und Industrie ist groß geworden ohne Flotte, unsere Handlungsreisenden haben mehr erobert, als es eine noch so große Flotte kann. Deutschlands geschäftliche Umsicht und Intelligenz haben den Welthandel an sich gerissen und England mit seinem verzopften Industrialismus überflügelt. Man spricht von dem Schutz der Deutschen im Auslande, Deutschland soll ein Weltreich geworden sein. Am 18. Januar 1896 ist im Schlosse das Wort gefallen, Deutschland sei ein Weltreich geworden, an dieses Wort haben unsere Land- und Wasserpolitiker angeknüpft und Alles mobil gemacht. Im Reichsmarineamt ist ein Preßbüreau begründet worden, man nimmt sogar die Hilfe Pastor Hülles, des Günstlings des Reichsamts des Innern, an. Selbst Professor Laband ist aufgeboten, der Spezialist für ramponirte Thronfolger. (Heiterkeit.) Wie es gemacht werden soll, zeigt unser kleiner Zwischenfall in China. Die „Kreuzzeitung" hat gemeint, daß jetzt die Zeit für Annexionen gekommen sei, obwohl die „Kreuzzeitung" doch das Organ für Legitimität ist, und wir mit China durchaus im Frieden leben. Man hat jetzt ein Geschwader und Seesoldaten dahin geschickt; was das kosten kann, und welche Verwicklungen dieses chinesisches Abenteuer uns noch bringen wird, weiß noch keiner. Japan hat man früher auch vor den Kopf gestoßen, glaubt man denn, daß Japan nicht mehr existirt und ruhig stillschweigen wird, wenn Deutschland eine Kohlenstation in China errichtet? Aber alles dies wird doch nur der Anfang sein. Nicht blos auf dem Throne der Cäsaren gab es Romandichter, die Romantik spielt auch eine Rolle. Es giebt noch heute Monarchen, die von dem goldenen Mittelalter, dem kühnen Ritterthume und einem Zug nach Jerusalem schwärmen. Ein persönliches Regiment besteht auch heute noch, und dieses persönliche Regiment bringt uns das Flottengesetz als Weihnachtsgeschenk. Wenn wir dieses annehmen, dann wird man nicht blos mit der Beschränkung des Budgetrechts zufrieden sein, dann wird man auch das allgemeine Wahlrecht angreifen und den Staatsstreich des Herrn von Stumm herbeiführen. Da ergiebt sich unser Standpunkt von selbst. Diesem System auch nur einen Mann und einen Groschen zu bewilligen, würde ein Frevel an dem arbeitenden Volke sein.

Staatssekretär im Reichsmarineamt **Tirpitz**: Der Vorredner hat eine Notiz des „Reichsanzeigers" erwähnt, daß der Kontreadmiral Tirpitz kein verantwortlicher Offizier sei und doch einen Flottenplan eingereicht habe. Diese Notiz ist richtig. Aber man wird es mir doch nicht verdenken können, daß ich auch ohne ein dem Reichskanzler verantwortlicher Offizier gewesen zu sein, an der Entwicklung unserer Marine mitgearbeitet habe.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**: Meine Herren, die politische und wirthschaftliche Nothwendigkeit der Flottenvorlage ist Ihnen bereits von anderer Seite dargelegt worden. Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu zeigen, daß die Anforderungen, die die Flottenvorlage an das Reich stellt, die Geldanforderungen, sich harmonisch in den Rahmen des Etats hineinfügen, ohne Zwang und ohne daß irgend welche neuen Deckungsmittel dafür erforderlich wären. Ich werde mir gestatten, Ihnen dies an der Hand der Ziffern darzulegen, nicht der Ziffern der Schiffe, sondern der Ziffern von Millionen, die Sie in der Begründung der Vorlage finden werden. Zunächst finden Sie, daß die fortdauernden Ausgaben des Ordinariums in jedem Jahr, mit dem gegenwärtigen Jahr anfangend, um 4 Millionen steigen. Das erste Jahr, das Jahr 1898, bringt vier Millionen mehr, als das laufende Jahr gebracht hat, das zweite Jahr 8 Millionen u.s.w., bis im Jahre 1904 der Etat der fortdauernden Ausgaben für die Marine um 38 Millionen höher ist, als im laufenden Jahre. Ich bitte, mir gestatten zu wollen, daß ich schon die neue Bezeichnung des Rechnungsjahres brauche, welche mit einer Jahreszieffer abschließt statt wie bisher mit einer Doppelnummer. Die neue Bezeichnung ist bequemer als die bis vor Kurzem übliche Doppelziffer. Ich werde also nicht vom Etatsjahr 1898/99, sondern lediglich vom Rechnungsjahr 1898 sprechen. Bei den einmaligen Ausgaben ist die Steigerung keine so regelmäßige. Wir haben hier von dem Jahr 1898 bis 1900 ein Aufsteigen, dann kommt ein Stillstand, und von 1901 bis 1904 findet wieder ein kleines Absinken statt. Das ist die Folge davon, daß in der letzten Hälfte der 7 Jahre weniger erste Bauraten eingestellt werden. Die einmaligen Ausgaben möchte ich bei dieser Betrachtung nicht in solche theilen, die dem Ordinarium und solche, die dem Extraordinarium anheimfallen, denn die bis jetzt beliebte Theilung — Sie kennen ja den Abschreibungsmodus, wenn ich dies kaufmännisch einen Abschreibungsmodus nennen darf, daß 5 Proz. der vorhandenen Schiffe und ⅔ der artilleristischen und Torpedoarmirung auf ordentliche Mittel übernommen werden, der Rest auf außerordentliche — diese Theilung werde ich nicht anlegen. Sie ist einmal nicht gesetzlich festgelegt, kann also in jedem Etatsjahr abgeändert werden, und sodann kommt es nicht darauf an, ob eins von diesen Jahren besonders gut oder schlecht fortkommt, sondern lediglich darauf, ob die Gesammtsumme der einmaligen Ausgaben im Laufe dieser 7 Jahre eine solche ist, welche das Reich und seine Finanzen ohne Gefahr ertragen können. Wenn Sie also die einmaligen Ausgaben des, sagen wir Septennats oder siebenjährigen Planes, in ihrer Gesammtheit betrachten, finden Sie, daß sie in der Mitte der Periode auf eine Gesammtausgabe von 73 Millionen steigen, also 15 Mill. mehr, als das laufende Jahr gehabt hat, dann sinken sie wieder und betragen im letzten Jahre der siebenjährigen Periode 62 Mill., also noch 4 Millionen mehr, als das laufende Jahr. Die Frage ist also, wenn ich sie zuspitzen will: 1) Kann das Reich in jedem Jahre um 4 Millionen erhöhte Ausgaben an fortdauernden Ausgaben tragen? und zweitens: kann das Reich gleichzeitig eine erhöhte einmalige Ausgabe tragen, welche nicht gleichmäßig, sondern ungleichmäßig auf die 7 Jahre vertheilt ist, deren Gesammtsumme in diesen 7 Jahren rund 67 Millionen beträgt, also eine durchschnittliche jährliche Erhöhung um 9 Millionen in den einmaligen Ausgaben bietet. Beide Fragen, meine Herren, werden Sie an der Hand der Ziffern mit „Ja" beantworten.

Wenn ich die Ehre haben werde, Ihnen den Etat des Rechnungsjahres 1898 vorzulegen und zugleich die Haushaltsübersicht des Jahres 1896 und die Schätzungen für das laufende Jahr 1897, so werde ich näher auf die einzelnen Zahlen eingehen, welche die Schuldentilgung der letzten Jahre gebracht hat. Dieses hohe Haus hat bald hintereinander zwei Schuldentilgungsgesetze angenommen, von denen das zweite das bereits angenommene erste in einigen Einzelheiten abänderte. Nach diesen Schuldentilgungsgesetzen haben wir im Rechnungsjahre 1896 — das Rechnungsjahr 1896 ist, wie ich bemerkt hatte, das, was man früher das Etatsjahr 1896/97 nannte, also im Rechnungsjahre 1896 haben wir 50 Millionen an Schulden getilgt und gleichzeitig haben wir in demselben Rechnungsjahre 1896 15 Millionen an die Bundesstaaten herausgezahlt, indem die Ueberweisungen an die Bundesstaaten deren reine Matrikularbeiträge um die Summe von 14 Millionen übersteigen. Jetzt leben wir im Rechnungsjahre 1897 und in diesem Jahre 1897 wird die Schuldentilgung nach dem zweiten Schuldentilgungsgesetz von diesem Frühjahre etwas über 40 Millionen betragen. Aber neben dieser gesetzlichen Schuldentilgung von 40 Millionen läuft nebenher ein novum, das zuerst im Etat des laufenden Jahres erschienen ist, nämlich der Zuschuß des ordentlichen Etats zu den Ausgaben des außerordentlichen Etats. Dieser Zuschuß hat etwas über 9 Millionen betragen, und thatsächlich bedeutet dieser Zuschuß gleichfalls eine Schuldentilgung insofern, als Bedürfnisse des außerordentlichen Etats aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Wir haben also im laufenden Jahre ebenso wie im verflossenen Jahre 1896 eine Schuldentilgung von rund 50 Millionen. Neben dieser Schuldentilgung von 50 Millionen werden wir im laufenden Jahre von 1897 aber auch noch an 13 Millionen an die Bundesstaaten herauszahlen. Sie sehen hieraus, meine Herren, daß wir sowohl 1896 wie 1897 mehr als 60 Millionen in jedem Jahre zu Zwecken verwendet hatten, welche nicht direkt die Ausgaben des Reichs betrafen, sehr nützliche Zwecke, und Zwecke, die mir sehr erwünscht sind, die aber nicht nothwendig in den Etat hinein gehören. Für das kommende Jahr als Rechnungsjahr 1898 können wir selbstverständlich noch nicht vorher sehen, in welcher Höhe wir Schulden tilgen werden; aber Sie werden aus dem Haushaltsanschlag ersehen, daß wir eine sehr bedeutende Summe, nämlich 42 Millionen Mark, für Artilleriematerial aus laufenden Einnahmen decken, dessen Beschaffung im laufenden Jahre auf das Extraordinarium verwiesen ist.

Meine Herren, die Anforderungen für Artilleriematerial erschienen zum ersten Male im laufenden Jahre 1897 mit 44 Millionen; im nächsten Jahre, in dem Etatsanschlag, der Ihnen vorliegt, erscheinen sie mit 42 Millionen. Es ist jetzt kein Geheimniß mehr, und ich kann Ihnen sagen, daß für spätere Jahre nur noch 58 Millionen anstehen; die Summe war damals nicht öffentlich genannt worden, es ist aber jetzt keine Ursache mehr, sie zu verschweigen.

Außerdem ist noch ein anderer Posten im Haushalt des nächsten Jahres, der in Zukunft fortfällt; das ist die sogenannte Naturalienreserve der Armee. Von dieser Naturalienreserve werden das nächste Jahr 3 Millionen eingestellt, nur noch weitere 3 Millionen bleiben für spätere Zeit.

Ich habe also, meine Herren, in diesem Artilleriematerial und dieser Naturalienreserve zwei Posten, welche für spätere Jahre, ich meine also von 1900 an, von selbst fortfallen, indem die betreffenden Bedürfnisse befriedigt sind. Der Platz dieser 42- bis 43 Millionen wird also zum Theil von 1899 und 1900 ab frei, ganz frei von 1901 ab.

Meine Herren, wie ich Ihnen vorher sagte, stellen sich die Anforderungen des Flottengesetzes auf ein alljährlich steigendes Mehr von vier Millionen an fortdauernden Ausgaben, und daneben auf eine durchschnittliche Steigerung von neun Millionen bei den einmaligen Ausgaben. Wie ich Ihnen zeigte, haben wir sowohl 1896, wie 1897 eine Anzahl von Millionen Schulden getilgt, die ziemlich das Doppelte dieser Erhöhung beträgt. Ich will Ihnen das noch einmal nachweisen. Wollen wir die großen Summen des Mehrbedarfs aus dem Flottengesetz nicht in fortdauernde und einmalige Ausgaben theilen, sondern in einer Summe betrachten, d. h. nicht die Gesammtausgaben, die der Vorredner auf eine Milliarde bezifferte, sondern die Mehrausgaben gegenüber dem laufenden Jahre 1897, so kommen wir auf die Summe von 175 Millionen. Diese Summe ist einfach nachzurechnen auf der letzten Seite der Begründung, wo die Sache im Einzelnen tabellarisch dargestellt wird. Diese 175 Millionen auf 7 Jahre vertheilt — sie vertheilen sich nicht gleichmäßig; für die Finanzen des Reiches ist es aber so ziemlich gleichgiltig, ob das eine Jahr 20 oder 30 oder jedes Jahr 25 Millionen zu liefern hat — ergeben einen Jahresdurchschnitt von 25 Millionen. Diese 25 Millionen sind genau die Hälfte von dem, was wir im Jahre 1896 allein an Schulden getilgt haben, sie sind genau die Hälfte von dem, was wir im laufenden Jahre an Schulden tilgen werden, und sie sind nur wenig mehr als die Hälfte von dem, was wir an Artilleriematerial jetzt in die laufenden Ausgaben eingestellt haben statt wie früher ins Extraordinarium, welcher Posten, wie ich ich bereits bemerkte, sich im übernächsten Jahre, im dritten Jahre, sehr verringern und später ganz verschwunden sein wird. Also diese 25 Durchschnittsmillionen, die das Flottengesetz jährlich fordert für 7 Jahre, finden ihren Platz im Etat gewissermaßen vorbereitet leer, sie fügen sich ohne Zwang in das Bild des Etats ein, und es ist ersichtlich, wenn sie sich ohne Zwang einfügen, daß neue Deckungsmittel zu ihrer Befriedigung nicht nöthig sein werden.

Meine Herren! Es ist nun das Flottengesetz von einer ganz anderen Seite als von der finanziellen im engeren Sinne angegriffen worden, nämlich von der verfassungsrechtlichen. Es ist schon vor dem Zusammentreten dieses hohen Hauses in der Presse vielfach gesagt und heute wiederholt worden, daß die Einbringung des Flottengesetzes mit seinen Anforderungen für 7 Jahre, die nicht blos den heutigen Reichstag betreffen, sondern auch die ganze Dauer des nächsten Reichstages ausfüllen und auch noch in den übernächsten Reichstag hinübergreifen, einen Bruch des Etatsrechts bedeute. Wenn dem so wäre, so könnte ich nur sagen, daß dieses hohe Haus schon viele Male einem Bruch des Etatsrechts zugestimmt hat. (Sehr richtig!) Denn was ist es Anderes, als ein Militärseptennat oder -Quinquennat? Was ist es schließlich Anderes, wenn man die Sache auf die Spitze treiben will, als die Bewilligung eines großen Bauwerkes in verschiedenen Bauraten? (Sehr richtig!) Die erste Baurate fällt in den gegenwärtigen Reichstag, die nächsten vier oder fünf Raten können in den nächsten Reichstag fallen; und doch glaube ich nicht, daß der folgende Reichstag ein großes, halbvollendetes Bauwerk als moderne Ruine stehen lassen wird; er wird weiter bauen. Außerdem, meine Herren, sagt der Art. 71 der Verfassung etwas mehr, als vorhin von dieser Tribüne aus gesagt wurde, er sagt wörtlich: „Die gemeinschaftlichen Ausgaben des Reiches werden in der Regel für ein Jahr bewilligt"; — bis hierher ist der Verfassungsparagraph angezogen worden; aber es heißt weiter: „sie können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden." (Hört! hört!) Wir verlangen gar nicht die Bewilligung der Milliarde, oder wieviel es sein mag, das Septennat heute von diesem hohen Hause; die Regierung fordert weniger, sie legt nur den Plan bis 1904 fest und wünscht, daß das hohe Haus seine Zustimmung dazu gebe, daß dieser Plan bis zum Jahre 1904 ausgeführt sei. In den einzelnen Jahren wird gegen die Einzelheiten der Ausgestaltung dieses Planes noch viel geredet werden. (Sehr richtig! rechts.) Daß eine Marine wie jede große Einrichtung des Reiches am 31. März Abends nicht in der Versenkung verschwinden kann, um am 1. April wieder als neue Marine aufzustehen, wird vom hohen Hause zugegeben werden. Ich hatte die Ehre, Ihnen darzulegen, wie die 25 Durchschnittsmillionen an Mehrausgaben der Marine für das Flottengesetz sich in den Etat, wie er gegenwärtig steht und liegt, vom nächsten Jahre ab harmonisch einfügen. Ich hätte noch hinzufügen können, daß die 4 Millionen gewissermaßen die erste Rate des Flottenplanes im nächsten Etat schon erschienen sind, ohne daß dem Etat eine erhebliche Erhöhung deswegen anzusehen ist. Es geht alles glatt, und wir hatten sogar 42 Millionen, die im vorigen Jahre im Extra-Ordinarium standen, in's Ordinarium übernehmen können. Ich glaube, daß Sie den Beweis der finanziellen Möglichkeit des Flottengesetzes als geliefert ansehen werden, die politische und wirthschaftliche Nothwendigkeit ist Ihnen soeben dargelegt worden und wird in den Einzelheiten in der Kommission noch näher dargelegt werden. Ich hoffe nur, daß Sie in gleicher Weise, wie Sie die politische und wirthschaftliche Nothwendigkeit des Flottengesetzs als gegeben annehmen werden, so auch meiner finanziellen Beweisführung Ihren Beifall schenken mögen. (Bravo!)

Abg. Graf **zu Limburg-Stirum** (k.): Daß durch diese Vorlage ein persönliches Regiment eingeführt werden soll, bestreite ich ganz entschieden, denn unter einem persönlichen Regiment verstehe ich ein solches, das ohne jede Bindung berechtigt und in der Lage ist, seinen unabänderlichen Willen jederzeit zur Geltung zu bringen. Was will denn aber die Vorlage? Ebenso wie der Reichstag sich bindet, soll dadurch die Regierung für sieben Jahre gebunden werden, nicht mehr zu fordern, als was sie hier verlangt. (Lachen links.) Unter normalen Verhältnissen würde auch ich wünschen, daß die Vorlage nicht nöthig wäre, aber unter normalen Verhältnissen verstehen wir, daß zwischen der Regierung und dem Reichstage Uebereinstimmung herrscht über die Ziele der Flotte, wie groß sie sein muß und welche Mittel dafür aufgewendet werden müssen. Aber bei uns ist es nicht wie in anderen Ländern, wie in Frankreich und England, wo man sich ganz klar darüber ist, wie stark die Flotte sein muß; bei uns herrschen darüber ewige Differenzen, und es ist der merkwürdige für den Ausländer vielleicht lächerliche, für uns peinliche Zustand entstanden, daß hier eine große Versammlung von Leuten maßgebend entscheiden soll, die eigentlich von der Marine nichts verstehen, und daß in diesen Kreisen dem, was die Marineverwaltung sagt, Mißtrauen entgegengebracht wird. Die Schuld daran liegt nicht allein auf Seiten des Reichstags, sondern auch an den Schwankungen der Technik, und dann an der Thatsache, daß sehr oft auch regierungsseitig Aeußerungen gefallen sind, die immer nur den gegenwärtigen Augenblick auffaßten. Dadurch ist der Glaube an die Autorität derer, welche die Sache vertraten, erschüttert worden. Es wäre weit besser gewesen, wenn man uns von vornherein klaren Wein eingeschenkt hätte. In diesen Dingen ist vollste Offenheit und Klarheit die beste Politik. Wir haben ein dringendes Interesse, daß zwischen der Regierung und dem Reichstage erwogen wird, ob wir uns nicht für längere Zeit darüber einigen können, was für eine Marine wir haben müssen, und was für sie nützlich und praktisch ist; und ich halte diese Vorlage für geeignet, eine Gesundung unserer maritimen Verhältnisse herbeizuführen. Die Streitigkeiten, die hier alljährlich stattfinden, sind dem Ansehen des Reiches gegenüber dem Auslande nicht dienlich. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb glaube ich, daß diejenigen Herren, die eine gute deutsche Marine wollen, den Versuch machen sollen, dieses Gesetz zu Stande zu bringen — ob genau in allen Details, wird zu erwägen sein — jedenfalls ein Gesetz, das Klarheit darüber schafft, was wir in den nächsten Jahren für die Marine aufzuwenden haben. Diese Vorlage enthält eine große moralische Bindung beider Parteien. Bedenken Sie, in welcher Weise England vorgegangen ist. Da hat man eine kolossale Anleihe aufgenommen, woraus die Regierung baut, wie es ihr paßt. Gegenüber der englischen Methode ist das, was hier verlangt wird, eine Kleinigkeit. (Sehr richtig! rechts.) Sie sprechen von einem Bruch des Budgetrechts. Es kommt darauf an, was man unter Budgetrecht versteht. (Lachen links.) Versteht man darunter das Recht des Reichstags, das Budget zu benutzen, um den Schwerpunkt der Macht des Staates in die Parlamente zu legen und dadurch, daß man nothwendige Dinge verweigert, die Krone zwingt, solche Männer zu Ministern zu machen, die dem Parlament genehm sind, — ja dann ist es ein Bruch des Budgetrechts. Aber davon ist in der Verfassung keine Rede. Die Verfassung gesteht dem Reichstage dadurch, daß sie seine Zustimmung zu den Einnahmen und Ausgaben fordert, das Recht der Kontrole zu, ohne seine Zustimmung darf kein Geld ausgegeben werden. Weiter sagt die Verfassung nichts. Auf analoge Fälle, bei denen der Reichstag sich auf Jahre hinaus gebunden hat, hat schon der Staatssekretär hingewiesen; ich füge ergänzend hinzu: Die Frage der Regelung der Beamtengehälter. Also verfassungsmäßige Bedenken liegen nicht vor, es kann demgemäß nur eine Opportunitätsfrage, nur eine Frage der Courtoisie sein, ob wir dem künftigen Reichstage präjudiziren wollen oder nicht. Ich meine, daß man von dem künftigen Reichstage erwarten darf, daß er in logischer Weise die Interessen des Landes wahrnehmen und sich an das halten wird, was der vergangene Reichstag beschlossen hat. Einige Mitglieder meiner Partei sind anderer Ansicht, sie wollen nicht für die Festlegung auf sieben Jahre eintreten, um dem künftigen Reichstage nicht zu präjudiziren. Aber, wie gesagt, das ist nur die Minorität. Herr Schönlank hat davon gesprochen, daß der deutsche Handel ohne die Flotte groß geworden ist. Das ist ja ganz richtig, aber wir haben immer Frieden gehabt und unsere Flotte soll doch nur unseren Handel im Kriege schützen. Wenn wir immer Frieden hätten, brauchten wir keine Flotte, wir haben aber nicht die Garantie, daß immer Frieden ist. Unsere Handelsflotte repräsentirt einen Werth von vielen hundert Millionen, das Seerecht schützt sie nicht im Kriege, welch' ein schwerer Verlust wäre es, wenn sie im Kriege dem Feinde anheimfiele. Wir sind jetzt viel verwundbarer geworden als früher und können deshalb eine starke Flotte nicht entbehren. Meine Freunde erkennen die Solidarität der Interessen der Landwirthschaft und der Industrie und des legitimen Handels an, wenn sie auch nicht zugeben, daß unsere Landwirthschaft ein so großes Interesse an dem Seehandel hat, wie die Denkschrift es behauptet. Unser Standpunkt wird eben bedingt durch die Rücksicht auf die allgemeinen Interessen des Landes. Leider hat die Regierung ja die Bahnen des Fürsten Bismarck verlassen, ich hoffe jedoch, daß sie doch noch wieder dazu zurückkehrt. Wir müssen eine Schlachtflotte haben, die dem Feinde die Blockade unserer Häfen unmöglich macht. Die Forderungen der Regierung haben uns nicht überrascht, wir halten auch die Zahl der geforderten Kreuzer nicht für zu hoch. Wir hatten bisher viel zu wenig Kreuzer. Dies hat auch der Zwischenfall mit Haiti bewiesen. Was mußte unser Geschäftsträger sich von den unverschämten Negern gefallen lassen! Und wie unangenehm war es, daß wir erst die Hilfe Amerikas in Anspruch nehmen mußten. Und weshalb hatte das Wort des Amerikaners solche Wirkung? Er brauchte nur ein paar Worte zu telegraphiren, dann waren die amerikanischen Schiffe da. Wie ist Griechenland mit seinen

deutschen Gläubigern umgesprungen, es wäre ganz anders gekommen, wenn wir auch dorthin ein paar Schiffe geschickt hätten. Die Annahme dieses Gesetzes wird im Ausland einen großen Eindruck machen, es wird ihnen zeigen, daß Deutschland nach außen hin einig ist, wenn im Innern auch noch so viele Meinungsverschiedenheiten herrschen. Darum bitte ich Sie, die Frage ernstlich zu erwägen. Denn ob Sie einen Kreuzer oder ein Linienschiff ablehnen, daß hat lange nicht die Bedeutung, die die Ablehnung dieser Vorlage haben würde. Deutschland hat nicht mehr die Autorität im Auslande wie zur Zeit des Fürsten Bismarck. (Sehr richtig!) Das Ausland glaubt zwar noch, daß Deutschland ein mächtiges Land ist, es muß aber dem Ausland klar gemacht werden, daß diese Macht nicht nur auf dem persönlichen Ansehen der Männer, die an der Spitze stehen, beruht, sondern auch auf der Uebereinstimmung zwischen Volksvertretung und Regierung. (Beifall rechts.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Graf v. Posadowsky: Ich bin genöthigt, auf die Rede des Herrn Schönlank einzugehen. Der Redner hat sich auf den Standpunkt gestellt, der der historischen Entwickelung nicht entspricht. Er hat es so dargestellt, als ob die sozialdemokratische Partei bisher alle Flottenforderungen bewilligt hätte, und als ob diese Partei jetzt ein Recht hätte, verletzt zu sein, wenn der Majorität ein Vorwurf gemacht würde, nicht alle Forderungen bewilligt zu haben. Die Sozialdemokraten haben soviel ich weiß, bisher alle Flottenforderungen abgelehnt; also, diese Partei für diese nationale Frage zu gewinnen, darauf kann die Mehrheit und die Regierung von vornherein verzichten. Der Abg. Schönlank hat dann an der Hand den von mir im vorigen Jahre gemachten Zahlenangaben nachweisen wollen, wie sehr die Kosten unserer Flotte gestiegen sind. In dieser Verbindung beweisen diese Zahlen gar nichts. Wir hatten früher keine Flotte gehabt, unsere Flotte ist eine Institution die sich erst herausbilden mußte, sie ist auch jetzt noch in der Entwickelung; es muß erst ein fester Grund dafür geschaffen werden. Nun, diese Grundlage ist niedergelegt in dem Entwurf. Der Abg. Schönlank hätte nicht so deduziren, sondern, da es sich um eine Forderung der nationalen Vertheidigung handelt, erst prüfen sollen, ob diese Forderungen auch berechtigt sind, und ob das deutsche Volk die Mittel hierfür aufbringen kann. Der Herr Schatzsekretär hat schon darauf hingewiesen, daß die verbündeten Regierungen glauben, die Mittel für die Forderungen aufbringen zu können. Der Abg. Schönlank hat weiter gesagt, eine Flotte wäre gar nicht nöthig, denn unser Handel hätte sich von selbst entwickelt ohne den Schutz der Flotte, und jeder Handlungskommis wäre ein besserer Vertreter als Linienschiffe und Kreuzer. Der Handel brauche zu seinem Schutze keine Flotte. Nun frage ich Sie aber, wie kommt es denn, daß beim Auswärtigen Amt fortgesetzt Reklamationen von ausländischen deutschen Kaufleuten einlaufen, nach außerhalb ein Kriegsschiff zu senden. Ich glaube, daß sich die Verhältnisse gegen früher ganz erheblich geändert haben. Es ist unzweifelhaft, daß durch ganz Europa und auch durch die kultivirten außereuropäischen Länder ein stark protektionistischer Zug geht, sich immer mehr nach außen hin abzuschließen. Dies Bestreben zeigt sich selbst in Staaten, die früher Anhänger des Freihandels waren. Es folgt daraus, daß unser Export von Jahr zu Jahr immer schwieriger wird, die Grundlage, auf dem unser Außenhandel steht, wird immer schmaler. Unsere Handelsbilanz ergiebt, daß wir für 1800 Millionen Rohprodukte einführen, ein großer Theil unseres Handels ist nichts als ein Veredelungsverkehr mit Rohprodukten. Aber das Ausland bemüht sich immer mehr, seine Rohprodukte selbst zu bearbeiten und Fabrikate umzusetzen. Die nothwendige Folge dieses Bestrebens ist die, daß die Lage unserer ausländischen Kaufleute immer schwieriger wird; denn sie haben nicht nur die Konkurrenz Europas zu bekämpfen, sondern auch die Konkurrenz ihres Aufenthaltslandes. Unter diesen Umständen ist es dringend nothwendig, daß unsere Kaufleute namentlich in unkultivirten Ländern, wo ihnen Unrecht geschieht, einen Rückhalt in der Heimath haben. Der Abg. Schönlank hat es auch so dargestellt, als ob der vorliegende Gesetzentwurf so eine Art Attentat auf das Budgetrecht dieses hohen Hauses wäre. Als ich eine ähnliche Behauptung in der Presse las, habe ich mir die Paragraphen unserer Verfassung nochmals durchgelesen. Ich habe aber absolut nicht verstanden, wie man so etwas allen Ernstes behaupten kann. (Lachen links.) Wenn darin ein Bruch des Etatsrechts liegt, daß Ihnen ein solches Gesetz zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt wird, dann ist jedes Gesetz ein Bruch des Etatsrechts, das irgend einen künftigen Reichstag bindet.

In einem so parlamentarisch regierten Lande wie England, wird der Regierung einfach eine Summe zur Verfügung gestellt, worüber sie disponiren kann. Ich glaube, wenn Sie den Staatssekretär des Reichsmarineamts in diese angenehme Lage versetzen, so würde dieser das noch einer solchen Gesetzesvorlage vorziehen. Der Reichskanzler hat ausgeführt, daß die Bewilligungen von Jahr zu Jahr für die Marine auf die Dauer unhaltbar seien. Wenn die Marine in kriegerischen Verwickelungen einen strategischen Faktor bilden soll, dann muß sie wissen, über welche Typen und welche Anzahl von Schiffen sie verfügt. Weil die Unsicherheit in der Marine nicht länger erträglich ist, deshalb sind wir zu dem System dieser Vorlage übergegangen. Daß für die Forderungen der Armee ein weit größeres Verständniß vorhanden ist, als für die der Marine, kommt schon daher, daß eben die Mehrzahl der gesunden Menschen im Landheere gedient hat, und daß gegenüber den gewaltigen Verdiensten des Landheeres um das Vaterland die Verdienste der Marine doch noch bescheiden sind. Wir müssen aber auch hier wie beim Landheere sagen: Si vis pacem, para bellum. Wir müssen uns sichern, daß, wenn es einmal zu kriegerischen Verwicklungen kommt, wir auch die überseeischen vaterländischen Interessen schützen können. Der Abg. Schönlank hat eine Inkonsequenz darin gefunden, daß dieselbe Regierung, die das Börsen-, das Margarine- und — wie er sich ausdrückte — auch das Zunftgesetz eingebracht hatte, jetzt im Interesse von Handel und Industrie eine außerordentliche Vorlage für die Marine gebracht hat. Diese Gesetze sollten dem unlauteren Wettbewerb entgegentreten, der soliden Entwickelung des Handwerks dienen. Und was das Börsengesetz anlangt, so hat es doch bedauerliche Mißbräuche auf dem Gebiete des Börsenlebens beseitigt. Der Abg. Schönlank wies dann darauf hin, daß in der Thronrede von der Sozialpolitik keine Rede sei. Um keine Irrthümer aufkommen zu lassen, möchte ich für heute erklären, daß die verbündeten Regierungen gar nicht daran denken, einen Stillstand auf dem Gebiete der Sozialpolitik und in der Einführung des Programms, das von zwei Kaisern festgesetzt ist, eintreten zu lassen. Wenn Ihnen eine Vorlage auf diesem Gebiete, wie sie Ihnen in der vorigen Session gemacht war, nicht wieder vorgelegt wird, so beruht das darauf, daß die Regierungen es für ihre Pflicht gehalten haben, die Vorlage einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen. Der Abg. Schönlank hat schließlich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, eine Anzahl boshafter und, ich möchte sagen, vergifteter Pfeile nach einer bestimmten Stelle zu senden. Wenn er gesagt hat, es scheine so, als ob man an irgend einer Stelle absolutistische Neigungen hätte, als ob es nur eine Frage der Zeit wäre, einen prinzipiellen Kampf gegen den Parlamentarismus zu führen, so kann ich ihm darauf nur Folgendes erwidern: Wenn jemals in diesem hohen Hause sich eine Mehrheit finden sollte, die beseelt ist von der Auffassung, die uns in dieser großen nationalen Frage heute der Abg. Schönlank zu erkennen gegeben hat, dann wird es keines Aktes des Absolutismus bedürfen, um den Parlamentarismus zu vernichten, dann wird er von selbst stürzen, weil er seinen nationalen Lebensnerv durchschneidet. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow: In der heutigen Erörterung sind zwei Vorkommnisse berührt worden, die eine war die Differenz, welche in Folge der Verhaftung und Verurtheilung eines Deutschen, Lüders, in Port au Prince mit der Regierung von Haiti entstanden ist, und die andere die Entsendung unserer Kreuzerflotte nach Kiao-tschan. Beide Angelegenheiten befinden sich noch in der Schwebe, und das legt mir in diesem Augenblick Zurückhaltung auf, so begreiflich mir auch der Wunsch nach näherer Aufklärung ist. Sobald der Zeitpunkt gekommen ist, werde ich gern über das, was von unserer Seite geschehen ist, nähere Auskunft geben. Für heute möchte ich über den Zwischenfall in Haiti nur Folgendes sagen. Wir haben uns nicht zufrieden gegeben mit der Freilassung des Lüders, vielmehr betrachten wir es als unser Recht und unsere Verpflichtung, als Aequivalent für die unbillige, den haitischen Landesgesetzen, der Verfassung von Haiti und dem Völkerrecht gleichmäßig widersprechende Einkerkerung eines deutschen Staatsangehörigen angemessene Genugthuung und Entschädigung zu verlangen. (Beifall.) Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die haitische Regierung nicht länger zögern wird, unseren Forderungen Folge zu geben, die ebenso wohlberechtigte und wohlbegründete wie maßvolle sind, und ich gebe mich dieser Erwartung um so lieber und um so bestimmter hin, als nicht nur das gute Recht auf unserer Seite ist, sondern auch der Wille und die Macht, unserem Rechte Geltung zu verschaffen. (Beifall.)

Bezüglich Ostasiens schien der Abg. Dr. Schönlank zu fürchten, daß wir uns in Abenteuer stürzen wollen, fürchten Sie dies gar nicht. Der Reichskanzler ist nicht der Mann, und seine Mitarbeiter sind nicht die Leute, irgendwo unnöthige Händel zu suchen. Wir empfinden auch nicht das Bedürfniß, unsere Finger in jeden Topf zu stecken. Aber wir sind auch nicht der Ansicht, daß Deutschland aus zukunftsreichen Ländern von vornherein auszuschließen sei von dem Wettbewerb mit anderen Völkern. Die Zeiten sind vorüber, wo der eine das Land nahm, der andere die See, und der Deutsche sagte: wir wollen uns mit dem Himmel begnügen. Wir betrachten es als eine unserer ersten Aufgaben, in Ostasien die Interessen der Schifffahrt, des Handels und der Industrie zu fördern und zu pflegen. Die Entsendung unserer Kreuzerdivision nach der Kiao-Tschanbucht und die Besetzung derselben stützt sich darauf, einerseits für die Folge der Ermordung deutscher katholischer Missionare volle Sühne zu verlangen andererseits für die Zukunft größere Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse. In beiden Beziehungen schweben Verhandlungen, und dies legt mir nach diplomatischem Brauch die Pflicht auf, meine Worte sorgsam abzuwägen. Ich kann aber sagen, wir haben China gegenüber Wohlwollen und freundliche Absichten. (Heiterkeit.) Wir wollen China nicht provoziren trotz der schweren Unbill, die uns widerfahren ist. Die Landung und die Besetzung der Bucht ist in schonender Weise durchgeführt worden. Wir wünschen die Fortdauer der Freundschaft, welche das Land mit Deutschland verbindet, aber die Voraussetzung für die Fortdauer der Freundschaft ist die gegenseitige Achtung der beiderseitigen Rechte. Die Niedermetzelung der Missionäre war der nächstliegende Grund für unser Einschreiten, denn wir waren nicht der Ansicht, daß Missionare, die ihrem Berufe nachgehen, als vogelfrei zu betrachten sind. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Unterhandlungen, welche gegenwärtig zwischen uns und China zunächst über die Ermordung der Missionare, sodann aber noch über andere Dinge im Gange sind, zu einem gedeihlichen Ende kommen werden. Wir können nicht zugeben, daß in China sich die Meinung festsetzte, uns gegenüber sei etwas erlaubt, was man sich anderen gegenüber nicht herausnimmt. (Beifall.) Wir müssen verlangen, daß die deutsche Waare und der deutsche Unternehmer, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff ein ebenso großes Ansehen genießen, wie die anderer Mächte. (Beifall.) Wir sind weit entfernt, in China andern Großmächten zu nahe treten zu wollen. Mit einem Wort: wir wollen Niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unsern Platz an der Sonne. (Bravo!) In Ostasien und Westindien werden wir bestrebt sein, treu den Ueberlieferungen der deutschen Politik, ohne unnöthige Schärfe, aber auch ohne Schwäche unsere Interessen zu wahren. (Beifall.)

Abg. Dr. Barth (fr. V.) bemerkt, gegen den Protektionismus anderer Staaten könne doch nur eine Festsetzung des Rechtsverhältnisses zwischen Deutschland und dem betr. Staate nützen. Statt ebenfalls protektionistisch zu werden, müsse Deutschland bestrebt sein, freihändlerisch zu sein und diese Gesinnung weiter zu verbreiten. Das System der Handelsverträge sei in jeder Richtung auszubauen. Die Ausführungen der Regierungen über den Handel und die Seeinteressen Deutschland ständen in schneidendem Gegensatz zu den agrarischen Gesetzen der letzten Zeit. Würde die Regierung der liberalen Partei hinsichtlich der Handelsinteressen mehr entgegenkommen, würde ihr diese auch in anderen Fragen entgegenkommen, auch bezüglich der Marine. Die Entwicklung der überseeischen Interessen eines Landes falle nicht ohne weiteres mit dem Ausbau der Kriegsflotte zusammen, wie Redner statistisch an einem Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland nachzuweisen sucht. Die heutigen Vertreter der Marineverwaltung geben den Behauptungen der liberalen Redner Recht, welche stets die Möglichkeit eines ganz festen und festgelegten Planes leugnen und nur von Jahr zu Jahr das Nöthige bewilligen wollen. Alles was früher behauptet und in's Auge gefaßt wurde, werde über den Haufen geworfen und es werde bewiesen, daß auch in Marinefragen noch alles in Fluß und fortwährenden Aenderungen ausgesetzt sei. Den Gedanken eines Ausbaues der Flotte lehne er nicht ganz ab, aber er frage: Gehe es nicht auch mit weniger Schiffen und geringeren Kosten? Die Kreuzer sind wohl nöthig und wir haben in dieser Beziehung schon mehr verschluckt, bezüglich der Schlachtschiffe sind aber wohl Einschränkungen möglich. Auf keinen Fall könne er der Einschränkung des Budgetrechts des Reichstages zustimmen. Auch für die Regierung kann die Festlegung des Flottenplanes nicht vortheilhaft sein, denn weshalb wolle sie sich in dieser Art die Hände binden? Der Reichstag befinde sich im letzten Stadium seiner Legislaturperiode und ohne interne Fühlung mit seinen Wählern. Auch den Wählern des neuen Reichstages möge Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansicht über die Flottenfrage zu sagen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole): Die Forderungen der Marine seien bisher großen Schwankungen unterworfen gewesen, dafür sei u. A. die citirte Auslassung des „Reichsanzeigers" vom vorigen Jahre ein klassisches Beispiel. Da könne sich die Regierung nicht wundern, wenn die Parteien des Reichstags ebenfalls schwankten und sich nicht ohne Weiteres binden wollten. Eine Aeußerung, daß im Gefolge der Flottenvorlage keine neuen Steuern kommen, habe er nicht. Die Regierung wolle die katholischen Missionäre im Auslande schützen, aber dieselben Missionäre im Inlande schütze sie nicht, dulde sie nicht einmal. Die polnische Fraktion im deutschen Reichstage habe eine außerordentlich schwere Stellung. Man hat uns, der polnischen Fraktion, immer vorgeworfen, wir seien reichsfeindlich. Nach Rücktritt des Fürsten von Bismarck hat man uns eine mildere Behandlung versprochen. Wir haben dieses Versprechen mit Dank angenommen und der Reichsregierung bei der Stimmabgabe in wichtigen Reichsfragen außerordentliches Entgegenkommen gezeigt, wie man es von uns eigentlich gar nicht verlangen durfte. Und was war der Dank für diese Haltung der polnischen Fraktion? Seit dieser Zeit hat die preußische Regierung eine Haltung gegen die polnische Bevölkerung gezeigt, die überall große Mißstimmung hervorgerufen hat, und die es uns absolut verbietet, auch bei sachlichen Fragen das politische Moment außer Acht zu lassen. (Hört, hört! rechts.) Es ist dies ganz natürlich, denn wenn eine Bevölkerung in dieser Weise behandelt wird, welche nur die Kurzsichtigkeit der preußischen Regierung zeigt, die mit der größten Rücksichtslosigkeit jedes Recht der Bevölkerung mit Füßen tritt, (Lebhafter Widerspruch rechts) so kann man von uns wahrlich nicht verlangen, daß wir große Opfer bringen. (Zuruf: deutscher Reichstag!) Im deutschen Reiche leben auch Polen und wir hier sind ihre Vertreter. (Sehr richtig! bei den Polen.) Das verbriefte und natürliche Recht der Polen wird von der preußischen Regierung nicht anerkannt. Aber trotz dieser Haltung der preußischen Regierung werden wir mit der größten Ruhe in diesem Hause das thun, was wir für recht halten. Wir werden dem Reiche gönnen, was des Reiches ist; wir werden dem Kaiser geben, was des Kaisers ist. Aber wir verlangen, daß die Regierung Seine Majestät die Rechte der polnischen Bevölkerung anerkennt. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir werden die Vorlage in ihrem Umfange und ihrer Form nicht annehmen können. Stimmt ihr der Reichstag in seiner Mehrheit zu, so brauchen die verbündeten Regierungen unsere Hilfe nicht. Wird sie aber in diesem Umfange nicht angenommen, dann werden wir wie früher mit Ruhe und Objektivität die Position prüfen, und wenn wir überzeugt sein werden, daß sie nothwendig sind zum Schutze des deutschen Reiches, werden wir ihr voller Freude zustimmen. (Beifall bei den Polen.)

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Ich hätte gewünscht, daß der Vorredner seine politischen Ausführungen im preußischen Abgeordnetenhause gemacht hätte. (Widerspruch bei den Polen.) Jedenfalls muß ich seine Bemerkung, die preußische Regierung trete die Rechte der Polen mit Füßen, als unzulässig und unberechtigt erklären. (Beifall rechts.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Frhrn. v. Stumm gegen den Abg. Schönlank wird die Weiterberathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß in Karlsruhe.

Für Weihnachten

empfehle zu bekannt billigen Preisen in nur ersten Fabrikaten:

Kinderwagen, Kinderstühle,
Triumph-, Cosmos- u. Automatstühle,
Rohr- u. Bambus-Armlehnstühle,
Kindermöbel, Tische, Bänkchen, Stühle,
Puppenwagen
von M. 1.80 an bis M. 20.—.

Mein Korbwaarenlager
bietet in allen Artikeln, einfach bis hochelegant, die günstigste Gelegenheit zum Einkauf
praktischer Weihnachtsgeschenke.

Große Auswahl in Bambusmöbel jeder Art, als: Rotenständer, Arbeitsständer, Ofen- und Blumenschirme, Etagères, auch für Blumen für drei bis neun Töpfe, Blumentische, Eck- und Schreibstühle, Salon-Tischchen, Rauch- und Spieltischchen mit Majolika-Einlage, Theetischchen, Chaise-longues, sowie sonstige zu Geschenken geeignete Gegenstände.

NB. Anfertigung von Korbwaaren und Bambusmöbel jeder Art, nach Angabe oder Zeichnung. 6291.6.2

Fr. Riffel, Grossh. Hoflieferant,
148 Kaiserstrasse 148 und Ludwigsplatz 40 a,
neben Hotel Tannhäuser, gegenüber dem Postneubau. gegenüber dem Krokodil.

Achtung Oelgemälde! 6093.12.5

Man kaufe keine Gemälde mehr, bevor man sich überzeugt hat von dem billigen Preis bei J. A. Leiner, Leop. Ziegler's Nachf., Kaiserstraße 144, Eingang Karlstraße. Einrahmung von Bildern und Spiegeln aller Art vom Einfachsten bis zum Feinsten. Für die Echtheit der Gemälde wird garantirt.

Als willkommenes Weihnachtsgeschenk
für Jung und Alt
empfehle meine
Fahrräder
in vorzüglicher Qualität zu ermäßigten Preisen, unter Zusicherung weitgehendster Garantie.
Besonders mache auf meine billigen und schönen
Jugend-Räder
aufmerksam. 6337.10.2

Werkstätte: Adlerstr. 9. **H. Voigt.** Laden: Adlerstr. 6.

Die Modelle 1898 sind eingetroffen und werden die 1897er Maschinen zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben.

Hufeisen H-Stollen (Patent Neuss)

Stets scharf! Kronentritt unmöglich!
Das einzig Praktische für glatte Fahrbahnen!
Vorsicht! Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, versehen wir jetzt jeden einzelnen unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke. Man achte hierauf beim Einkauf!
Schutz-Marke. L Co
Preislisten und Zeugnisse gratis und franco.
Leonhardt & Co.
Berlin N.W., Schiffbauerdamm 3.
5774.20.10

Nr. 4 Karl-Friedrichstr. Nr. 4.
Für den Weihnachtstisch.
F. Wolff & Sohn's
Toilette-Seifen
sind die besten zur Erhaltung einer zarten, weissen Haut. 6211.3.1

Olympische Götterseife,
rein — mild — wohlriechend.
Indische Blumenseife,
hervorragende Specialität, zeichnet sich durch besonders starkes und feines Parfüm aus.
Reizende Miniatur-Cartons f. Kinder.

Hochfeine Toiletteseifen
in allen bekannten Blumengerüchen, als Märzveilchen, Maiglöckchen, weiss! Veilchen, Victoria regia u. s. w.
In starken Modeparfüms:
Peau d'Espagne — Imperial russe, Iris blanc — Cuir de Russie etc. etc.
empfiehlt in reicher Auswahl
Luise Wolf Wwe.
Niederlage der Fabrikate von F. Wolff & Sohn.
Nr. 4 Karl-Friedrichstr. Nr. 4.

Gänselebern 5187.50
werden fortwährend angekauft; Kreuzstraße 10, hinter der kleinen Kirche.

Die schönsten

Weihnachts-Geschenke

sind **Diaphanie-Glasbilder**
(herrlichster Fensterschmuck)
von **Grimme & Hempel**, Act.-Ges., **Leipzig.**
Alleinverkauf für Karlsruhe und Umgegend bei 6434.7.2
W. Müllejans Nachf., 124a Kaiserstrasse 124 a.

FRIEDRICH BULL, Verlag, Strassburg i. E.

Soeben erschien:

Pereat tristitia!

Feuchtfröhliche Lieder von Ad. Katsch.

Mit Kopfleisten. 216 S. 16⁰. Preis Mk. 1.50.

Der 81jährige Verfasser des bekannten Preisliedes „Als ich schlummernd lag heut' Nacht . . .“ bietet hier eine Sammlung jugendfrischer, teilweise derbkomischer Lieder, von denen verschiedene in Kommersbüchern zerstreut, viele bereits in Musik gesetzt, die meisten jedoch überhaupt noch nicht veröffentlicht wurden.

Eine sinnige Weihnachtsgabe für Freunde feuchtfröhlichen Humors.

Ferner erschien:

Weihnachtsfestspiel

von **D. E. Nehlig**, Pfarrer.

Der billige Preis „20 Pfennig“ wurde festgesetzt, um eine grosse Verbreitung zu ermöglichen. Das Weihnachtsfestspiel wird in zahlreichen Orten des Elsass aufgeführt werden und dürfte auch für Baden geeignet sein 6382.3.2

Karlsruhe.

Die Eröffnung seiner mit allen Saison-Neuheiten ausgestatteten

Weihnachts-Ausstellung

beehrt sich hiermit

Friedrich Blos,
Grossherzogl. Hoflieferant,
F. Wolff & Sohn's Détail,

anzuzeigen und ladet zu deren Besuch ergebenst ein. 6073.4.4

Mein Geschäft ist von jetzt an bis nach den Feiertagen auch an den Sonntagen geöffnet.

Kaiserstrasse Nr. 104, Ecke der Herrenstrasse.

Wir haben eine größere Parthie

Knaben-Paletots

für das Alter von 3 bis 14 Jahren zurückgesetzt, die wir, so lange Vorrath,

eine Parthie zu Mark 4.—
die zweite „ „ 7.—
die dritte „ „ 10.—

abgeben. Durchweg nur gute Stoffe.

Diese Sachen sind in unserem neu hinzugenommenen Lokal zur Ansicht. 6268.5.5

Spiegel & Wels

Kaiserstrasse 76, Marktplatz,
Eingang Kaiserstraße und Karl-Friedrichstraße.

Günstige Gelegenheit!

Circa 80 Hohenzollernmäntel und Ueberzieher,

selbstgefertigte Fabrikate aus nur guten Stoffen, sollen, um damit zu räumen, zu staunend billigen Preisen von 22 bis 42 Mark verkauft werden.

Große Posten Stoffe, deutsche Neuheiten für Anfertigung nach Maaß, wovon jeder Sack-Anzug M. 60.— kostet. 59.4.4.3

Karl Budwig, Kaiserstraße 75

Photographie R. Mayer,

Karl-Friedrichstraße 22, neben Hotel Germania,

bittet **Aufträge für Weihnachten** schon jetzt aufgeben zu wollen.

Aufnahmen jeder Größe — Reproduktionen jeder Art und Vergrößerungen in **Photo-Crayon**; beste Ausführung zugesichert.

Auf Wunsch liefere ich:

Visitbilder . . . . von Mk. 4.— an das halbe Dutzend,
Cabinetbilder . . . . „ „ 10.— „ „ „ „
größere Bilder im Verhältniß. 5994.8.8

Das Atelier ist Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

4812.10.4

Man verlange überall

CHOCOLAT MENIER

Praktisches Weihnachtsgeschenk:

Regenschirme. Sonnenschirme.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Solide Arbeit.

Regenschirme. Sonnenschirme.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Solide Arbeit. 6815.3.3

Reparatur. **Ueberziehen.**

Prämiirt: **Karlsruhe, München, Chicago.**

Prämiirt: **Karlsruhe, München, Chicago.**

Hof-Schirmfabrik

C. Wohlschlegel,

Inh.: **W. Kretschmar,**
Kaiserstrasse 82 a.

Gegründet 1846. Gegründet 1846.

SINGER

Nähmaschinen

für Hausgebrauch, Kunststickerei und industrielle Zwecke jeder Art. 6200.8.4

Ueber 13 Millionen

fabricirt und verkauft!

Die Singer Nähmaschinen verdanken ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle Fabrikate der Singer Co. auszeichnen.

Kostenfreie Unterrichtskurse auch in der Modernen Kunststickerei.

Singer Co. Act. Ges.

Kaiserstrasse 82, **KARLSRUHE**, Kaiserstrasse 82.

Frühere Firma: G. Neidlinger.

G. SCHMIDT-STAUB

Karlsruhe

154 Kaiserstrasse 154, gegenüber dem Post-Neubau,
empfiehlt zu **Weihnachtsgeschenken**

UHREN,
JUWELEN und GOLDWAAREN

in grosser, reichhaltigster Auswahl.

Auswahlsendungen nach auswärts zu Diensten 6264.6.3

Jahresfrequenz über 300 Schüler.

Höhere Handelsschule, Calw i. Württbg.

(Bestempfohlenes Institut mit Pensionat für jüngere u. ältere Schüler.)
Nächste Aufnahme in die beiden 6monatl Separatkurse am 4. Januar 1898 6226.8.4

Unsere Separatkurse bieten jungen Leuten die beste Gelegenheit zu tüchtiger Ausbildung in allen Buchführungssystemen, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Handels- u. Wechselrecht, Schönschreiben, Stenographie 2c. 2c. Abteilung A. eignet sich für solche Leute mit besserer Schulbildung; Abtheilung B. für solche, die auch mangelhafte Schulbildung ergänzen wollen und besonders auch für Gewerbetreibende.

Prospekte mit vielen Referenzen durch den **Direktor Spöhrer.**

12 Lehrer.

Leopold Lautenschläger,

Kaiserstraße 77, Hofposamentier, Kaiserstraße 77,
empfiehlt zu **passenden Weihnachts-Geschenken:**
Media-Unterkleidung für Herren- und Damen,
Normal-Unterkleidung für Herrn
in gut n und billigen Qualitäten.

Jagdwesten, leinene Kragen, Manschetten, Serviteurs, Cravatten, Kragenschoner, seid. Tücher Taschentücher, Hemden- und Manschettenknöpfe, Cravattennadeln, Handschuhe, Socken, und Sportstrümpfe,
schwarz und farbig, in großer Auswahl.
Damen- und Kinderstrümpfe, Gamaschen, Kapuzen, Tücher, Shawles, Hemden und Beinkleider, Damen-, Zier- und Hausschürzen, Kinderschürzen 6355.6.2
in schwarz und farbig, in jeder Größe und den neuesten Façonen.

Großes Möbellager

Kreuzstr. 26, **F. Guthörle,** Kreuzstr. 26,

empfiehlt zu **Weihnachtsgeschenken:**

Büffets,	Ganze Einrichtungen,	Stühle,
Spiegelschränke,	Garnituren,	Klavierstühle,
Bücherschränke,	10 Divans,	Spinde,
Verticos,	Sophas,	Schirmständer,
Schreibtische,	Fauteuils mit und ohne Einrichtung,	Handtuchständer,
Ausziehtische,	Chaises-longues,	Etagères,
Salontische,	Ottomanen	Hausapotheken,
Nähtische,	u. s. w.	Säulen. 6255.3.2
Rauchtische,		
Servirtische,		

Pfänder-Versteigerung.

Vom 6. bis 10. d. M., Nachmittags 2 Uhr anfangend, versteigern wir die über 6 Monate verfallenen Fahrnißpfänder bis zu Lit. **Q. Nr. 5000** gegen **Baarzahlung**, und zwar:

Dienstag: Weißzeug.
Mittwoch: Gold- und Silbergegenstände: 1 Brillantarmband, 1 Brillantring, Uhren 2c. 6122.3
Donnerstag: Betten, Schuhe, Stiefel 2c.
Freitag: Ellenwaaren, Kleider, Uhren 2c.

Karlsruhe, 4. Dezember 1897.

Städt. Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltung

Eing. Schutzm. „Eisbär“. **Warme Fussdecken,**
gegerbte **Heidschnuckenfelle**, best. Mittel geg. kalte Füße, langhaarig, silbergr. (wie Eisbär). Größe etwa 1 qm, das Stck. 4—6 M, ausgesuchte Gr. **7.50 M** Bei 3 Stck. frko. Prosp. u. Preisverz. a. üb. **Fusssäcke** grat. **W. Heino,** Lünzmühle b. Schneverdingen (Lüneb. Heide) 4921.26.21

---

5 Bademannen

vereint die Wellenbadschaukel D. R.-P.

30000 Stück in $3^1/_2$ Jahren verkauft

Einzige praktische Wanne, welche ein Vollbad, Kinderbad, Sitzbad und mit einem Dampferzeuger ein Schwitzbad, sowie mit 2 Eimern Wasser das erfrischende nervenstärkende Wellenbad bietet.

Vor wertlosen Nachahmungen wird gewarnt.

Zum Fabrikpreis zu beziehen durch das Spezialgeschäft für 6406—2

Bade-Einrichtungen

von

Wilh. Göttle,

Karlsruhe.

Zu beziehen durch alle Wein-Gross-Handlungen

„Kupferberg Gold“

Chr. Adt. Kupferberg & Co., Mainz
Grossherzoglich Hessische und Königlich Bayerische Hoflieferanten.

61.101.95

Ludwig Bertsch,

Hofjuwelier,
Karlsruhe,
Kaiserstraße 163.

Goldene Siegelringe,
Goldene Kettenringe,
Goldene Herrennadeln,
Goldene Brustknöpfe,
Goldene Manchettenknöpfe,
Goldene Uhrketten,
Goldene Anhänger,
Goldene Crayons, 632.1
Goldene Herrenuhren,
Goldene Cravattenringe.

Eigene Werkstätte.

KALODERMA-SEIFE

Neu! Ausgezeichnet durch Milde und lieblichen Geruch, bildet die Ergänzung bei dem Gebrauche des Hautverschönerungsmittels
Kaloderma (Glycerin- & Honiggelée)

Indische Blumenseife
hochfeine Toiletteseife 50 Pf. pr. St.

PALMITIN-SEIFE
neutral - gut - billig
für Familien und Kinder. Das Stück à 25 Pfg. in allen Städten des In- und Auslandes.
F. WOLFF & SOHN. Karlsruhe.
Filiale: WIEN I, Köllnerhofgasse 6.

6023.7.4

Lessingstraße 8, **K. Larsch,** Lessingstraße 8,
Friseur u. Perrückenmacher,
empfiehlt für Damen

Shampooing

(amerikanische Kopfdouche)
mit **Trockenapparat** neuesten Systems, das Beste u. Sicherste zur Reinigung und Erhaltung der Haare.

Preis: Shampooing incl. Frisur 80 Pfg. 5738.12.6

Dr. Kuntze's unübertroffene
Hustenbonbons
in allen Apotheken und besseren Geschäften à 25 Pf. per Carton zu haben.

9.116.909

Eine nur ein Jahr im Betrieb gewesene neue 60pferdige

Compound-Locomobile

ist Anfang nächsten Jahres **billig** abzugeben. Dieselbe kann bis dahin täglich im Betrieb besichtigt werden.

Gefl. Reflectanten belieben sich an das Kontor d. Bl. zu wenden unter Nr. 6414.2.2

Rettung von Trunksucht!

Sichere Heilung **ohne** Geheimmittel. 6058.10.4

Keine Berufsstörung. Zuverlässiger Rat nach fachmännischer Diagnose. Anweisung gegen 50 Pf. in Briefmarken vom **Würzburger Verlagscontor in Würzburg.** Strengste Discretion

---

Hafer, Haferschrot, 35.—
Haecksel, Kleie,
Melassetorfmehlfutter,
Hunde- u. Geflügelfutter,
Carl Baumann,
Akademiestrasse 20.

Malton-Tokayer

Ein durch die Reinheit der Darstellung und den hohen Malzextractgehalt ausgezeichneter und höchst bekömmlicher Stärkungswein aus Malz.

6137.9.3

— Höchste Anerkennungen! — **Ueberall zu haben in den durch Plakat kenntlich gemachten Verkaufsstellen.** **— Höchste Auszeichnungen! —**

Druck und Verlag von Otto Renz, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.